

CDU vor Ort



Für unser bestes Baden-Württemberg.

Ausgabe 05/2019

21272



**Vielen
Dank ...**



**... für Ihre
Arbeit!**



Aus dem Kreisverband

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder im CDU-Kreisverband,

das politische Jahr 2019 neigt sich dem Ende zu. Und es war vor Turbulenzen kaum zu überbieten. Das Ergebnis der Europa- und Kommunalwahl im Mai konnte uns trotz großer Anstrengungen vor Ort nicht zufriedenstellen. Wir haben leider viele wertvolle Mandate im Kreistag sowie den Gemeinde- und Ortschaftsräten verloren. Trotzdem ist es uns gelungen, den Sitz unseres Europaabgeordneten Norbert Lins in Brüssel und Straßburg zu verteidigen, ebenso wie die bürgerliche Mehrheit im Ravensburger Kreistag und in vielen Kommunen. Auch die Herbstwahlen in Ostdeutschland waren für unsere CDU kein Ruhmesblatt. Dagegen hilft nur, den Blick nach vorne zu richten und das Beste aus der Situation zu machen, denn die Erde dreht sich weiter. Unser oberstes Ziel als CDU im Kreis Ravensburg wird auch in den kommenden Jahren der Erhalt und die Weiterentwicklung unserer Strukturen in der Fläche sein. Hierfür ist die Arbeit eines jeden Mitglieds wichtig und wertvoll. Wo Grüne Ortsvereine aus dem Boden schießen, darf die CDU nicht weichen, sondern muss standhaft bleiben und sich gegebenenfalls auch mal neu erfinden. Mit Strukturen, Rezepten, Kampagnen der 80er und 90er Jahre kommen wir jedenfalls nicht weiter. Als Kreisverband arbeiten wir deshalb seit fast zwei Jahren an der Zukunft. Und wir sind noch lange nicht am Ziel.

Trotz aller Anstrengungen vor Ort sind auch wir auf Rückenwind aus Stuttgart und Berlin angewiesen. Mit dem Verzicht von Thomas Strobl und der einstimmigen Wahl von Susanne Eisenmann zur Spitzenkandidatin für die Landtagswahl 2021 bleibt uns eine Personaldebatte im Land glücklicherweise erspart. Hierfür gebührt unserem Landesvorsitzenden Thomas Strobl unser aller Respekt und Hochachtung. Gegen die Grünen

mit ihrem selbsternannten Übervater Winfried Kretschmann werden wir vor allem mit Themen punkten können. Unser Minister-Quintett in Stuttgart leistet hier, unterstützt von den Landtagsabgeordneten, eine sehr gute Arbeit.

Im Bund hatte die neue CDU-Spitze kein einfaches Jahr. Selbstverschuldete Pannen und Fehler wie z.B. die Reaktion auf den Youtuber „Rezo“ sowie unbedachte außenpolitische Äußerungen vor der Landtagswahl in Thüringen haben der CDU in den Wahlkämpfen nicht geholfen. Daher war es auch richtig und wichtig, zwischen der Wahl in Thüringen Ende Oktober und dem CDU-Bundesparteitag Ende November entsprechende innerparteiliche Debatten über Auftreten, Inhalte und Personal zu führen. Wann, wenn nicht in dieser Zeit? Mit Umfragen und Wahlergebnissen von 20-25% kann sich ja nun wirklich niemand von uns zufrieden geben. Beim Thema Kommunikation und neue Medien keimt mittlerweile auch Hoffnung auf. Durch eine neue Kommunikationsagentur im Konrad-Adenauer-Haus in Berlin sollen in Zukunft Pannen wie im Jahr 2019 vermieden werden. Der CDU-Bundesparteitag war dann vor allem durch inhaltliche Debatten geprägt. Es standen auch schließlich keine Personalentscheidungen an. Diese, im Hinblick auf die sog. Kanzlerkandidatenfrage, wird nun Ende 2020 getroffen. Bis dahin müssen wir weiter an der Schärfung unseres inhaltlichen Profils arbeiten. Wir müssen Themen wie die Innere Sicherheit, den Wohnraummangel, die überproportionale Belastung der mittleren Einkommen und die Wirtschaft 4.0 in den Vordergrund rücken. Ebenso die Frage, wie wir Arbeitsplätze und Unternehmen in Zeiten dunkler Konjunkturwolken stabilisieren können. Mit diesen CDU-Themen - fernab von

Klimaschutz und Flüchtlingen - sind wir auch wieder in der Lage, Wahlen zu gewinnen und die Menschen von uns zu überzeugen. Und dann wird sich auch der richtige Kopf finden, der diese Themen authentisch vertritt und mit dem wir ins Superwahljahr 2021 ziehen. Klar ist, dass wir auf allen Ebenen die Köpfe aufstellen müssen, mit denen wir am besten bei den Wählern punkten.

Nun genug der Politik. Die laufende Advents- und bevorstehende Weihnachtszeit soll eine Zeit der Besinnung, der Familien und der inneren Ruhe sein. Genau in diesem Sinne wünsche ich Ihnen und Ihren Familien noch eine schöne Adventszeit, ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins Jahr 2020.



Es grüßt Sie herzlichst,

Christian Natterer

Christian Natterer
CDU-Kreisvorsitzender

Piehlmeier & Lindl

Steuerberater
Landwirtsch. Buchstelle



Blaichstrasse 10 - 88299 Leutkirch
Tel 07561 | 98 25 0
info@stb-leutkirch.de
www.stb-leutkirch.de

ALLES FÜR BETT UND BAD RAVENSBURG - BACHSTRASSE 32-34

Öffnungszeiten:
Mo - Fr 9:30 - 18:30 Uhr
Sa 9:30 - 16:00 Uhr

Telefon: 0751 - 23165

**BETTEN
DURNER**

CDU - Kreisparteitag in Horgenzell – Spitzenkandidatin Dr. Susanne Eisenmann spricht sich gegen das Volksbegehren „Pro Biene“ aus und stärkt der regionalen Landwirtschaft den Rücken



v. l. n. r.: Christian Natterer, Raimund Haser, MdL, BM Volker Restle, Dr. Susanne Eisenmann, August Schuler, MdL

Von Kreispressesprecher Christoph Lüttke, Photos: Oliver Hofmann - Der diesjährige CDU – Kreisparteitag am 25. September 2019 in Horgenzell, auf dem turnusgemäß zwar keine Vorstandschaft gewählt, jedoch zahlreiche Delegierte für übergeordnete Parteigremien bestimmt wurden (s. u.), stand vor diesem Hintergrund ganz im Zeichen der aktuellen inhaltlichen Debatten – so ließ der CDU – Kreisvorsitzende Christian Natterer bereits im Rahmen seiner Begrüßung der knapp 200 Teilnehmer und Gäste in der Horgenzeller Festhalle keinerlei Zweifel daran aufkommen, dass es angesichts der gegenwärtigen Krise der Volksparteien endgültig damit vorbei sein müsse, die Anliegen und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger lediglich „aussitzen“ zu wollen.

Vielmehr sei es jetzt auch und gerade für die CDU an der Zeit für eine schonungslose Diskussion der anstehenden Themen, wie etwa den Fragen der Migrationspolitik, der Inneren Sicherheit, der Steuer – und Abgabepolitik und des Klimawandels: „Die CDU muss endlich wieder einen erkennbaren Markenkern haben und im Zweifelsfalle auch dafür einstehen“, so der Stadt – und Kreisrat aus Wangen im Hinblick auf die jüngsten Wahlschlägen der Union.

Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann, als Spitzenkandidatin der CDU Baden – Württemberg für die Landtagswahlen 2021 Ehrengast und Hauptrednerin beim Kreisparteitag, blies im Rahmen der Vorstellung ihrer politischen Agenda ins gleiche Horn: „Die CDU steht für unaufgeregten und kraftvollen Gestaltungswillen, um das Land weiter voranzubringen, sie tut unserem Land gut!“, so die Ministerin. Inhaltlich spreche vieles für die Union - sei dies beim Thema Innere Sicherheit, der Entwicklung des Ländlichen Raumes, der Wirtschaft, der Forschung und dem Wohnungsbau, nicht zuletzt natürlich auch im Bildungsbereich, in welchem sie selbst als Kultusministerin konsequent auf mehr Leistung und Qualität setze. Insgesamt müsse es der CDU jedoch wieder besser gelingen, ihre Kernkompetenzen glaubhaft zu vermitteln – mit einer klaren, verständlichen Sprache, überzeugenden Antworten und einer authentischen Kommunikation.

Anders als der aktuelle Koalitionspartner in Stuttgart, der sich immer wieder um Antworten „herumdrücke“, sei die CDU im Land aber durchaus bereit, Stellung zu beziehen und klare Aussagen auch zu strittigen Themen zu treffen, wie die derzeitige

Debatte um das Volksbegehren „Pro Biene“ deutlich zeige:

„Was in Bayern [mit dem Volksbegehren, Anm. d. Red.] das Ziel war, ist bei uns zu 95 Prozent Standard“, stellte Eisenmann klar, sie verstehe es als ihre landespolitische Aufgabe, „dass Pro Biene so nicht durchkommt“. Ansonsten gebe es zukünftig keinen Obstbau mehr am Bodensee und keinen Weinbau mehr am Kaiserstuhl. Man brauche jetzt kein Volksbegehren, sondern ein breites Bekenntnis zur heimischen Landwirtschaft und zur regionalen Vermarktung. Unterschriften zugunsten des Begehrens zu sammeln sei zudem recht einfach, führte die gebürtige Stuttgarterin weiter aus: „in Stuttgart beim Bäcker unterschreibt da jeder, wer ist denn schon gegen Bienen?“ fragte Eisenmann, um gleich nachzulegen: „warum keine Kampagne pro Obst statt pro Biene?“

Im Rahmen der abschließenden Diskussion bewies Eisenmann ihr mannigfaltiges Fachwissen und beantwortete unterschiedlichste Fragen zur Wohnsituation, der Bildungspolitik, dem Facharbeitermangel, dem Klimapaket, der Aufstockung sowie zur Besoldung und Ausrüstung der Polizei oder der Mittelförderung.

Aus dem Kreisverband

Ein weiterer Höhepunkt des Parteitags war der gemeinsame Auftritt der Neumitglieder, den es in dieser Form zuvor noch nicht gegeben hatte: Mitgliederreferent Christoph Sitta hatte die Ehre, knapp zwanzig Frauen und Männer, die im Laufe des vergangenen Jahres Mitglied im CDU Kreisverband wurden, zu sich auf die Bühne bitten zu können. Mit großem Beifall bedacht, ließen sich die Neumitglieder vom Plenum feiern – direkt unter den Augen der Spitzenkandidatin Dr. Eisenmann und der versammelten regionalen Politprominenz.

[Das Redaktionsteam des CDU vor Ort wünscht allen „Neulingen“ viel Spaß und Freude an ihrer Mitgliedschaft - herzlich Willkommen bei der CDU im Kreisverband Ravensburg!]

Die Wahl der Delegierten zu Bundes-, Landes- und Bezirksparteitag ergab folgendes Ergebnis (ohne Gewähr):

- **Bundesparteitag:** Christian Natterer, Gabi Messarosch, Waldemar Westermayer MdB a. D., Tina Schädler, Diana Raedler, Katharina Beyersdorff
- **Landesparteitag:** Raimund Haser MdL, Christian Natterer, Gabi Messarosch, Axel Müller MdB, Silke Reitsam-Surbeck, Waldemar Westermayer MdB a. D., Sabine Merk, Philipp Bürkle, Christl Pick-Gobs, Tina Schädler, Rosi Geyer Fäßler, Antje Rommelspacher

- **Bezirksparteitag:** Landrätin Stefani Bürkle, Silke Reitsam-Surbeck, Raimund Haser MdL, Axel Müller MdB, Waldemar Westermayer MdB a. D., Christian Natterer, Gabi Messarosch, Antje Rommelspacher, August Schuler MdL, Ferdinand Schockenhoff, Sonja Wild, Tina Schädler, Christl Pick-Gobs, Matthäus Bürkle, Philipp Bürkle, Rolf Engler, Diana Raedler, Katharina Beyersdorff, Rosi Geyer-Fäßler, Barbara Herrling, Sabine Merk, Christa Fuchs, Christoph Lüttke, Marie-Luise von Wuthenau, Eugen Abler, Jennifer Fetscher, Anne Schmieder, Julia Jehle, Ursula Kowalewski, Dr. Fritz Rockhoff, Armin Fehr, Peter Treiber, Timo Baljer



Die anwesenden CDU - Neumitglieder, eingrahmt von Mitgl. - Referent Christoph Sitta, Susanne Eisenmann und Christian Natterer

WIR UNTERSTÜTZEN IHRE PRODUKTION.

BOPAXX® GmbH - Ihr starker Partner für industrielle Lohnarbeiten in der Region.

* seit *
1985



BOPAXX®
BOOS LOHNVERPACKUNG & MONTAGE



www.bopaxx.de

BOPAXX® GmbH | Firmensitz: Gewerbegebiet 5, 88213 Ravensburg/Schmalegg | Tel.: 0751.994 380-0

Unser Garten – ein Ort, der uns jederzeit Freude ernten lässt!



PLANEN | BAUEN | PFLEGEN

Landschaftsbau
Gartengestaltung
Gartenbaumschule
Baumschule



Fritz Müller GmbH
Garten- und Landschaftsbau

Feuchtmayrstraße 25 | 88250 Weingarten | Tel. 0751 42022
info@garten-mueller.de | www.garten-mueller.de

Landkreis Ravensburg stellt Versorgung der Patienten aus dem Landkreis sicher

Die Versorgung der Patienten mit Krankenhausdienstleistungen wird vom Landkreis sichergestellt.

Von Roland Bürkle, Kreisrat - Der Landkreis ist per Gesetz dazu verpflichtet, die Grund- und Regelversorgung in der Krankenhausversorgung im Landkreis sicherzustellen. Er kommt diesem Auftrag durch die landkreiseigene Krankenhaustochter Oberschwabenklinik nach. Der Anspruch des Landkreises ist es daher, die Patienten aus dem Landkreis, falls sie es wünschen, in den drei Kliniken des Landkreises in Bad Waldsee, Wangen und Ravensburg zu versorgen.

Der Oberschwabenklinik wird dies gelingen, davon bin ich überzeugt, da wir in den letzten Jahren alle Voraussetzungen geschaffen haben, damit dies gelingt:

1. Die Oberschwabenklinik ist baulich auf die Herausforderung eingestellt. Das neue Elisabethenkrankenhaus in Ravensburg ist fast fertiggestellt. Im Krankenhaus Wangen wurde die Geburtshilfe ausgebaut und modernisiert. Das Medizinische Spektrum in Wangen wurde durch die Installation eines Linksherzkatheters und eines CT ausgeweitet.
2. Der Ansatz des Kreistages, auch weiterhin auf drei Standorte verteilt auf den ganzen Landkreis zu setzen, zahlt sich nun aus. Die Patienten des 14. Nothelfers, in der Regel Patienten der Grund- und Regelversorgung, können nun an drei Standorten behandelt werden, da alle drei Standorte Grund- und Regelversorgung Dienstleistungen anbieten.
3. Die Oberschwabenklinik hat von 2012 (6,7 Tage) auf 2018 (5,5 Tage) Ihre durchschnittliche Verweildauer um 1,2 Tage gesenkt. Dies hat nicht nur zur wirtschaftlichen Gesundung der Oberschwabenklinik beigetragen, sondern sorgt nun dafür dass die Auslastung der Betten an der Oberschwabenklinik im Jahr 2018 auf 74 % gesunken ist. Die Folge ist, dass die Oberschwabenklinik Platz für die Patienten aus dem 14. Nothelfer hat.

4. Die große Herausforderung besteht, das für die Behandlung der Patienten aus dem 14. Nothelfer notwendige zusätzliche Personal zu gewinnen. Auch hierauf ist die Oberschwabenklinik vorbereitet. Nach Jahren des notwendigen Personalabbaus wurde für den Wirtschaftsplan 2019 der Oberschwabenklinik zusätzliche Personalstellen bewilligt. Die Oberschwabenklinik hat daher zu Beginn des Jahres 2019 die Kampagne zur Gewinnung neuen Personals für die Oberschwabenklinik gestartet. Es ist uns gelungen, neues Personal für die Oberschwabenklinik anzustellen. Die Bemühungen wurden seit der Entscheidung des Stadtrates Friedrichshafen Anfang Oktober intensiviert. Die Vorzüge eines wirtschaftlich erfolgreichen Klinik Konzerns in kommunaler Trägerschaft kommen immer mehr beim Personal zur Geltung. Die Erfolge bei der wirtschaftlichen Sanierung der Oberschwabenklinik zahlen sich nun aus.

Aufgabe des Krankenhauses 14. Nothelfer durch die Stadt Friedrichshafen als Chance begreifen

Der Markt für Krankenhausdienstleistungen ist bis 2017 dynamisch gewachsen. Dies hat sich aber verändert. In ganz Deutschland und auch bei der Oberschwabenklinik hat sich das Wachstum abgeschwächt und die Patientenzahlen für den stationären Aufenthalt sind seither gesunken. Das Krankenhausystem ist jedoch auf Wachstum bei den Patientenzahlen ausgerichtet. Ansonsten können medizinischer Fortschritt und steigende Löhne nicht finanziert werden. Die Oberschwabenklinik kann durch die für uns unerwartete Schließung des 14. Nothelfer in den nächsten Jahren zusätzliches Wachstum generieren. Zu Beginn wird dieses Wachstum eine Belastung für die Oberschwabenklinik darstellen, da Patienten der Grund- und Regelversorgung von den Krankenkassen nicht gut vergütet sind. Wenn jedoch über die Jahre die Synergieeffekte und die Instrumente zur Effizienzsteigerung des Managements der Oberschwabenklinik wirken, kann die Oberschwabenklinik daraus gestärkt hervorgehen. Ich bin überzeugt unsere Mitarbeiter und das Management kön-

nen dies. In den vergangenen Jahren haben Sie es uns gezeigt. Zusätzlich besteht nun die Chance, mit allen Beteiligten in der Region Doppelstrukturen, die teuer sind in der Versorgung der Patienten, abzubauen. Die Gespräche hierfür sollten zügig unter Beteiligung des zuständigen Sozialministeriums fortgeführt werden. Nicht Wettbewerb darf in der Krankenhausversorgung der Maßstab sein, sondern eine gute Versorgung der Bürgerinnen und Bürger.

Landkreis ist nicht verantwortlich für die Schließung von 14. Nothelfer

Die alleinige Verantwortung für die Schließung des 14. Nothelfers in Weingarten trägt der Stadtrat von Friedrichshafen. Der Landkreis wurde weder in die Gespräche über die zukünftige Struktur des 14. Nothelfers mit eingebunden noch rechtzeitig informiert. Wir hatten keinerlei Einflussmöglichkeit. Die Folgen jedoch muss nun der Landkreis mit der Oberschwabenklinik bewältigen. Wir werden dies annehmen, da wir den Bürgerinnen und Bürger des Landkreises verpflichtet sind.

Bad Wurzach, im November 2019

Roland Bürkle
Kreisrat



- Neu- und Gebrauchtfahrzeuge
- Autovermietung
- Kfz - Reparaturen aller Art
- TÜV - Abnahme im Hause
- Abschleppdienst
- Unfallinstandsetzung
- Finanzierung / Leasing

OPEL 

Autohaus
FIRLEY

Alte Kiesgrube 10 • 88326 Aulendorf
Tel. 075 25/92 35-0 • Fax 075 25/92 35-10
e-mail: autohaus-firley@t-online.de
www.autohaus-firley.de

Die Abgeordneten haben das Wort – Norbert Lins MdEP

Herbsttour im Bodenseekreis

Liebe Freundinnen und Freunde der CDU,

es ist immer wieder beeindruckend, wie viel Innovationskraft in den Firmen bei uns am Bodensee steckt. Am 28. Oktober besuchte ich die Firma Streicher in Kressbronn. Gegründet 1935 vom Großvater Johann Streicher in Denkingen, zog die Firma 1952 mit Arthur Streicher als Geschäftsführer nach Kressbronn um. Heute beschäftigen die Streicher Maschinenbau GmbH und die Streicher Kanalsysteme GmbH 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. „Quality made in Germany“ konnte ich an diesem Tag bei der Führung durch die gesamte Firma mit Produktion, Lager, Konstruktion, Entwicklung und Verwaltung erleben. Die Herstellung von Robotern für die Instandhaltung der Abwasserinfrastruktur ist eines der Standbeine. Die Roboter führen beispielsweise Fräsarbeiten im Hauptkanal durch und werden zum Sanieren von Haushaltsanschlüssen eingesetzt. Auch Sanierungsfahrzeuge werden nach Kundenwunsch ausgestattet. Das zweite Standbein ist der Maschinenbau mit Schwerpunkten im Apparatebau und der Vakuumtechnik. Die beiden Geschäftsführer Josef und Michael Streicher legen Wert auf Unabhängigkeit, um die Kunden schnell und flexibel bedienen zu können und dadurch schnelles Handeln zu garantieren. Der Exportanteil beträgt 30 bis 40 Prozent. Bei diesem Termin waren auch Volker Mayer-Lay, Vorsitzender des CDU Kreisverbands Bodenseekreis, sowie weitere Mitglieder des Kreisverbands, dabei.

Mein zweiter Termin führte mich nach Tettwang. Mit Wolfgang Ruther, Simon Locher und Teresa Locher vom Hopfenpflanzerverband Tettwang sowie Otmar Weingarten, dem Ge-

schäftsführer des Verband Deutscher Hopfenpflanzler e.V., unterhielt ich mich über den Einsatz von Pestiziden im Hopfenanbau. Außerdem ging es um Anwenderschutz, Bewässerungssysteme, politische Entscheidungen und die wichtigsten Ziele der Hopfenbauer: Forschung, Züchtung, Zeit und alternative Methoden. Ich setze mich dafür ein, dass unsere schöne Bodenseeregion auch in Zukunft ein weltbekanntes Hopfenanbaugebiet bleibt. Am 18. November findet in Brüssel der „Global Hop Summit“, ein internationales Hopfen-Symposium, statt.

Anschließend war ich zu Gast bei der Bildungsinitiative Bodensee-Oberschwaben in Weingarten.

Nach einem kurzen Vortrag zur Arbeit des Europäischen Parlaments und den aktuellen Entwicklungen stellte ich mich den Fragen der ca. 25 Zuhörerinnen und Zuhörer. Am Abend nahm ich noch am 40. Langenargener Wirtschaftsgespräch im Schloss Montfort in Langenargen teil.

**Mit besten Grüßen
Ihr Norbert Lins**



Eine Station auf der Herbsttour von Norbert Lins war der Besuch bei der Firma Streicher in Kressbronn. Josef Streicher (2. von links) und Michael Streicher (5. von links) führten uns durch die gesamte Firma. Mit dabei waren auch Volker Mayer-Lay (3. von links) sowie Mitglieder des Kreisverbands Bodenseekreis.

Weihnachtsgrüße

Liebe Freundinnen und Freunde der CDU,

ein sehr interessantes und auch mit Terminen vollgepacktes Jahr geht zu Ende. Da waren mein Wahlkampf im Frühjahr 2019, dann die Europawahl am 26. Mai, meine erneute Wahl als Abgeordneter ins Europäische Parlament und schließlich die Ernennung zum Ausschussvorsitzenden des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung. Diese neue Position eröffnet mir ganz neue

Tätigkeitsschwerpunkte, deutlich mehr Verantwortung und neue Verhandlungspartner. Nach knapp sechs Monaten kann ich sagen, dass mich mein neues Amt bereichert und ich – auch dank eines tollen Teams – viel anstoßen und voranbringen kann.

Ich bedanke mich sehr herzlich bei Ihnen für die viele Unterstützung, die zahlreichen konstruktiven Gespräche und auch die Hilfe bei Wahlveranstaltungen, Parteitagen

und Sitzungen. Ich würde mich sehr freuen, wenn ich auch im kommenden Jahr auf Ihren Zuspruch zählen kann.

Ich wünsche Ihnen eine schöne Vorweihnachtszeit, genussvolle und besinnliche Weihnachtsfeiertage und einen guten Start ins Jahr 2020.

**Mit besten Grüßen
Ihr Norbert Lins**



Die Abgeordneten haben das Wort – Axel Müller MdB

Offener Brief von Axel Müller, MdB Verkleinerung des Parlaments und Wahlrechtsreform

**Bundewahlrecht:
Einmal mehr ist Sachlichkeit gefragt**

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

Der Deutsche Bundestag besteht in rechnerischer Idealformation aus 598 Mitgliedern (kurz MdB): 299 Mitgliedern, die aus den Wahlkreisen über die Erststimme direkt gewählt sind, und mindestens 299 weiteren Mitgliedern, die über die Zweitstimme und Landeslisten bestimmt wurden.

Dieses Idealszenario gibt es aber nur theoretisch. Denn praktisch sind es durch die sogenannten Überhang- und Ausgleichsmandate mehr Mitglieder. Zurzeit gibt es 111 Überhang- und Ausgleichsmandate. Sie kommen aufgrund verschiedener Faktoren zustande, unter denen als Erstes das Stimmensplitting – also das Auseinanderfallen von Erststimme und Zweitstimme – zu nennen ist. Aber auch die mathematische Berechnung der Sitze und die Verteilung der Sitze entsprechend den Ergebnissen in den 16 Bundesländern – jeweils auf die dort von den Parteien beschlossenen Listen – wirkt sich durch die wiederum zu berücksichtigenden 16 verschiedenen Wahlbeteiligungen wechselseitig auf die Entsendung von Abgeordneten in den Deutschen Bundestag aus. Es handelt sich um einen komplizierten mathematischen Prozess, der auch dazu führt, dass die Union in einigen Bundesländern zu Listenabgeordneten kommt, die das Direktmandat nicht erringen konnten.

Da das Verhältnis der Erst- und Zweitstimmen sehr unterschiedlich ausfallen kann, besteht sogar die Gefahr, dass die Zahl von momentan 709 Abgeordneten noch übertroffen wird. Prognosen kamen sogar schon auf über 800 Mandatsträger. Und dieses „Mehr“ an Abgeordneten ist sicher nicht gleichbedeutend mit „mehr Demokratie“. Das Gegenteil scheint mir eher der Fall zu sein.

Eine Wahlrechtsreform ist daher dringend erforderlich.

Die von Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble dazu eingesetzte überfraktionelle

Arbeitsgruppe konnte jedoch bislang keine Einigung erzielen. Sie war mit der Suche nach Lösungen für die Begrenzung und Berechenbarkeit der Gesamtmandatszahlen des Bundestages betraut worden.

Dabei herrschte allein Einigkeit darüber, dass das geltende Verhältniswahlrecht beibehalten werden sollte. Dieses zeichnet sich durch drei Kernelemente aus, die auch in einer Reform nicht ignoriert werden können: Personales Element (über die Erststimme wird mit relativer Mehrheit ein Abgeordneter je Wahlkreis gewählt), proportionales Element (die Zweitstimmen entscheiden über die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse) und föderatives Element (gleichmäßige Verteilung der Mandate nach Einwohnerzahlen und erhaltenen Stimmen auf die Bundesländer und die Landeslisten der Parteien).

Zudem sind bundesverfassungsgerichtliche Vorgaben aus früheren Entscheidungen berücksichtigt worden, etwa ein umfänglicher Ausgleich von Mandaten nach dem Proportionalitätsprinzip. Dies ist erforderlich, um zu gewährleisten, dass jeder Wählerstimme das gleiche Gewicht im Parlament zukommt (Erfolgswertgleichheit).

Darauf ist auch zurückzuführen, dass 2017 statt der 299 gleich 410 über die Landeslisten gewählte Abgeordnete in das Parlament eingezogen sind. Die Größe des Bundestages ist ein Ausdruck eines komplizierten Berechnungssystems, welches das Wählervotum optimal abzubilden versucht und der Maxime der Gleichbehandlung aller Wählerstimmen folgt.

Die Orientierung an verschiedenen anderen Parlamenten ist in der Debatte verständlich, wenn auch je nach gewähltem Beispiel nicht immer dienlich. Diese Länder haben größtenteils ein anderes Wahlrecht, das mit den bei uns existierenden gesetzlichen oder gerichtlichen Vorgaben schwer oder nicht in Einklang zu bringen ist.

Die bisherigen Vorschläge der Opposition – die sich häufig allein vom Gedanken der Wahlkreiszusammenlegung und der Reduzierung der Anzahl der Wahlkreise leiten



lässt – sind kontraproduktiv. Denn jede Verkleinerung der Anzahl von Wahlkreisen bedeutet ein (nicht nur räumliches) Sich-Entfernen von den Bürgerinnen und Bürgern.

Der Bundeswahlleiter hat zudem für die Arbeitsgruppe rechnerisch die Auswirkungen der Vorschläge in verschiedenen Rechenvarianten geprüft mit dem Ergebnis, dass mit einer Verringerung der Wahlkreise keine nennenswerte Reduzierung der Gesamtsitzzahl des Deutschen Bundestages erzielt werden kann. Das heißt, der Verlust an „direktem Draht“ der Bevölkerung zu einem vor Ort aktiven Abgeordneten führt noch nicht einmal zu einer deutlichen Verkleinerung des Parlaments.

Als direkt gewähltem Abgeordneten ist mir die Repräsentanz im Wahlkreis besonders wichtig. Der direkte Bezug zu den Bürgerinnen und Bürgern ist für meine Arbeit in Berlin unabdingbar. Dieses Privileg, die Interessen der Bürgerschaft zu vertreten, braucht auch permanente Rückkopplung, um die Dinge, die die Menschen bewegen, aus eigenem Erleben zu kennen. Meine „Bus-Tour“ im Sommer mit 70 Terminen ist ein Beispiel dafür. Aufgrund der Entfernungen, die der Wahlkreis schon heute mit sich bringt – von Isny nach Wilhelmsdorf fährt man über eine Stunde –, kann ich derzeit schon manche Termine nicht wahrnehmen. Jeder Wahlkreis, der verloren geht, verstärkt den Eindruck, dass die in Berlin nicht wissen, was die Bürgerinnen und Bürger sorgt. Was manche vergessen mögen: Kein Internet, kein Facebook, keine Twitter-Zeile kann den direkten Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern ersetzen! Und Bürgernähe ist auch Ausdruck demokratischer Repräsentanz. Der „Helikopter“-Abgeordnete, der nur

vereinzelt einschwebt, um auch gleich wieder zu verschwinden, kann zwar mediale Aufmerksamkeit auf sich ziehen, hat aber vergleichbar einem Politfunktionär seinen Lebensmittelpunkt in Berlin. Das ist für mich kein Vorbild und für die Menschen vor Ort wahrlich kein Gewinn.

Der bisherige Beratungsprozess und die bisherigen Berechnungen zeigen, dass die Mandatsaufteilung und die mathematische Methode der Berechnung einer Strukturveränderung bedürfen. Die Union hat dazu Vorschläge gemacht.

Denen verschließt sich aber die Opposition. Eine Möglichkeit wäre, bei bis zu 15 Überhangmandaten auf einen Ausgleich zu verzichten. Einen Ausgleich würde es danach erst ab dem 16. Überhangmandat geben, jedoch nicht für die ersten 15 Überhangmandate. Dies hatte der heutige Vize-Bundesverfassungsgerichtspräsident Professor Stephan Harbarth einst für die Bundestagswahl entwickelt. Die „Einsparung“ wäre je nach Ausgleichsaufwand deutlich: 30 Abgeordnete, die sonst über die Landeslisten

einziehen würden. Ein anderer Vorschlag des ehemaligen Bundestagspräsidenten Professor Norbert Lammert würde einen Ausgleich nur bis zu insgesamt 630 Sitzen zulassen und die weiteren Überhangmandate nicht mehr ausgleichen. Hier wäre 630 die Höchstzahl an Parlamentssitzen: 79 MdB weniger als derzeit.

Über Änderungen im mathematischen Verfahren gab es konkrete und auf Landesebene bereits erprobte Vorschläge, etwa die Einbeziehung des Erststimmenergebnisses für die Berechnung der Mandatsverhältnisse im Parlament. Bislang wurde ausschließlich die Zweitstimme berücksichtigt. Durch eine solche Änderung der reinen (mathematischen) Ausgleichssystematik ließe sich in jedem Falle eine Begrenzung der Bundestagsgröße erreichen, weil die Anzahl der Ausgleichsmandate, die durch Stimmensplitting entstehen, verringert würde.

Alle vorgetragenen Modelle wurden von den Vertretern der FDP, der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und auch von Teilen der SPD vehement kritisiert

oder ohne ernsthafte weitere Beratung verworfen. Ihnen geht es dabei in erster Linie darum, die „Vormacht“ der Union bei den Direktmandaten zu brechen. 2017 gewann die Union 231 von 299 Direktmandaten. Mit jedem gestrichenen Wahlkreis gäbe es somit einen Unionsabgeordneten weniger. Das Kalkül, das hier dahintersteckt, ist leicht zu durchschauen. Da das Wahlrecht jedoch durch ein einfaches Gesetz geändert werden kann, droht bei einem Zusammengehen der anderen Parteien in dieser Frage Gefahr.

Konrad Adenauer würde an dieser Stelle sagen: „Meine Damen und Herren, die Lage ist ernst, aber nicht aussichtslos.“

Ich finde jedoch, dass die Zeit für diese Machtspiele zu kostbar ist. Die Steuergelder sind es ohne Zweifel!

Mit besten Grüßen

Ihr / Euer

MdB




Pizzeria Weststadt
täglich 2 Mittagsmenüs
von Mo. – Fr.
+ Salat + Getränk 0,3 l
nur 8,50 Euro
Räumlichkeiten für Festveranstaltungen
Deutsch-italienische Küche.
Mittwochabend geschlossen
Alle Gerichte auch zum Mitnehmen !



**Unterwegs
zu Hause sein!**
A 96 München - Lindau
Ausfahrt-Nr. 10 Aichstetten
Tanken - Shopping - Schlemmen
24 Stunden - 365 Tage



Gehts um Fleisch & Wurst – Am Besten zu Buchmann!
Bestes BioRind Weidenried aus Oberschwaben
Bestes LandSchwein aus Oberschwaben
Buchmann
Der Fleisch- und Wurstspezialist aus Oberschwaben
Die täglich frische Zerlegung, Produktion & Auslieferung garantieren die hohe Frische und Qualität unserer bekannt guten Fleisch- & Wurstspezialitäten.
Entdecken & genießen Sie die Vielfalt unserer leckeren Produkte!
Buchmann GmbH
Kaufstr. 6-8 | 88287 Grünkraut | info@buchmann-gmbh.de | Tel. 07 51 - 760 50 | www.buchmann-gmbh.de

W GRABMALE WACHTER
Gerold Wachter
Steinmetzmeister und Bildhauermeister
88255 Baienfurt, Ravensburger Str. 26
88250 Weingarten, Friedhofstr. 17
☎ 07 51 / 4 65 66
Fax 07 51 / 5 12 99
privat: 075 43 / 5 04 00
www.grabmale-wachter.de

„Sichere Häfen“ rechtlich nicht möglich

Inzwischen sind es in Deutschland über 100 Städte und Kreise die sich zu „Sicheren Häfen“ erklärt haben und aus Seenot gerettete Menschen aufnehmen wollen.

Im Bundestag haben wir nun mit Fachleuten darüber diskutiert, ob die Kommunen das überhaupt dürfen und wie die rechtlichen Gegebenheiten dieser „Sicheren Häfen“ sind. Klar ist: Einerseits ist – nicht nur für eine Partei die das „C“ im Namen führt sondern für jeden mitfühlenden Menschen – jeder Tote im Mittelmeer einer zu viel.

Und andererseits sollte nach erfolgreichen Seenotrettungseinsätzen rasch ein sicherer Ort für die Ausschiffung zur Verfügung stehen und die Verteilung von aus Seenot geretteten Menschen zügig erfolgen. Wochenlange Irrfahrten auf dem Mittelmeer sind für unseren Kontinent unwürdig.

Für unsere CDU/CSU-Fraktion habe ich als Berichterstatter an der Anhörung teilgenommen und die Expertinnen und Experten befragt. In der Anhörung im Deutschen Bundestag haben die anwesenden Professoren – allesamt Fachleute für Migrations- und Verfassungsrecht – dem Projekt „Sicherer Hafen“ eine Absage erteilt. Es ist kein Beitrag zur Lösung der Probleme im Mittelmeer.

Nach derzeitiger Rechtslage gibt es keine Grundlage für sogenannte „Sichere-Hafen-Kommunen“ und mit Blick auf die durch das Grundgesetz vorgegebene staatliche Aufgabenverteilung werden sich auch kurz- und mittelfristig keine Handlungsspielräume eröffnen. Damit wäre und ist eigenständiges kommunales Handeln in diesem Bereich als „verfassungswidrig“ einzustufen und würde die verfassungsrechtlichen Begrenzungen deutlich überschreiten.

Warum?

Das Grundgesetz sieht die Kompetenz für die Asyl- und Migrationspolitik eindeutig beim Bund. Eine Regelung, in der der Bund die Aufnahme lediglich zur Kenntnis nimmt, aber nicht zustimmen muss, ist verfassungsrechtlich nicht möglich. Das Grundgesetz schreibt unseren Kommunen Zuständigkeiten im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung zu – dazu gehört das Asyl- und Ausländerrecht aber nicht. Es spricht deutlich von kommunaler Selbstverwaltungsgarantie, nicht aber von Selbstverwirklichungs- oder Selbstgestaltungsgarantie. Davon unbenommen sind Landesaufnahmeprogramme, die einzelnen besonders betroffenen und vulnerablen Gruppen auf Landesebene ein Bleiberecht zusprechen, wenn der Bund hier zugestimmt – juristisch gesprochen sein Einvernehmen erteilt – hat. So ist dies bei uns in Baden-Württemberg mit rund 1000 Jesiden auch in der Vergangenheit geschehen. Die aus Seenot geretteten Personen stellen jedoch nach den geltenden Kriterien keine abgegrenzte Personengruppe dar. Es handelt sich um Einzelpersonen, deren Bleibeperspektive vor einer Verteilung auf die Kommunen zunächst von Seiten der Bundesbehörden – zuständig ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge – geprüft werden muss.

Die Opposition um Vertreter von Grüne, Linke und FDP – im Bundestag wie bei uns im Kreistag – negiert implizit, dass unter Umständen öffentliche (Sicherheits-) Interessen dem Verbleib der aus Seenot geretteten Personen in Deutschland entgegenstehen. Die Klärung dieser Frage setzt die konsequente Fortsetzung des Gedankens einer Kommune als „Sicherer Hafen“ nämlich außer Kraft, da unter Umgehung der geordneten (und funktionierenden) Verfahren Menschen direkt



MdB Axel Müller (links) und Staatssekretär Stephan Mayer (Mitte) im Gespräch mit u. a. OB Daniel Rapp und EBM Simon Blümcke.

auf einzelne Kommunen verteilt würden. Migration braucht jedoch Humanität und Ordnung.

Das entspricht auch dem Grundsatz der Subsidiarität, der zur DNA Deutschlands und der Europäischen Union gehört. Was die Kommunen vor Ort aufgrund ihrer besonderen Kenntnisse um die lokalen Gegebenheiten regeln können, sollte auch dort geregelt werden, umgekehrt bedeutet dies aber auch, dass Dinge, die einer bundeseinheitlichen oder europäischen Regelung bedürfen, aus Gründen der Rechtssicherheit beim Bund oder der EU verbleiben müssen. Wer das Gegenteil verlangt, stellt den Staatsaufbau unseres Landes auf den Kopf und schafft einen nicht mehr überschaubaren Flickenteppich.

Um genau solche Fragen aber auch mit den zuständigen Akteuren vor Ort diskutieren zu können, bin ich dem zuständigen Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Stephan Mayer (CSU), sehr dankbar, dass er in den vergangenen Tagen meiner Einladung in den Wahlkreis gefolgt ist. In Bad Waldsee und Ravensburg haben wir – im Austausch mit Verwaltungs- und Fraktionsspitzen – auch genau darüber gesprochen und die relativ eindeutige Rechtslage erläutert.



ZOLLIKOFER
I D E E N | H O L Z | E N E R G I E

Zollikofer GmbH & Co.KG · Starkenhofstr. 16 · 88410 Bad Wurzach · Tel. 07564 9348-36 · Fax 07564 9348-37 · www.zollikofer.de

Die Abgeordneten haben das Wort – Josef Rief MdB

Politik für die Landwirtschaft



Tierwohlkennzeichnung, Insektenschutz, EU-Direktzahlungen

Die Landwirtschaft steht seit einiger Zeit im Fokus der öffentlichen Debatte. Von Landwirten werden täglich frische, qualitativ hochwertige und dabei für jeden bezahlbare Lebensmittel erzeugt. Zugleich sind die Ansprüche der Gesellschaft gestiegen. Die Diskussion wird oft auf Grundlage von gefühlten „Fakten“ geführt. Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner sieht die gesellschaftliche Akzeptanz in weiten Teilen nicht mehr ohne weiteres gegeben. So wird gefordert, dass Bauern die Umwelt schützen, es soll weniger Pflanzenschutzmittel eingesetzt und Tiere besser gehalten werden. Auf Landwirte kommen weiterhin laufend Veränderungen zu. Als aktivem Landwirt, der selbst betroffen ist, missfällt mir oft auch die Diskussion im Bundestag. Wir kämpfen in Berlin für die Bedürfnisse der Landwirte. Aber am Ende muss es einen mehrheitsfähigen Konsens geben. Ohne Mehrheit ändert man im Bundestag nichts. Im geschilderten Spannungsfeld hat Landwirtschaft nur mit gesellschaftlicher Akzeptanz eine Zukunft. Darum müssen wir die Bäuerinnen und Bauern bei den vor uns liegenden Herausforderungen unterstützen. Wettbewerbsnachteile, die durch höhere Standards in Deutschland entstehen, müssen ausgeglichen werden, wenn wir unsere bäuerliche Landwirtschaft erhalten wollen. Die Bundesregierung hat im September 2019 ein dreiteiliges Maßnahmenbündel beschlossen, bestehend aus Tierwohlkennzeichnung, Direktzahlungen und dem Aktionsprogramm Insektenschutz:

Tierwohlkennzeichen

Die Verbraucher wollen zumindest in seriösen Umfragen mehr Tierwohl. Unser Ziel ist es, dass Tierhaltung in Deutschland bleibt und nicht ins Ausland verlagert wird. Die

Arbeit der Landwirte muss wirtschaftlich auskömmlich und von der Gesellschaft akzeptiert sein. Genau darum geht es beim Tierwohlkennzeichen. Das Kennzeichen wird verpflichtende Kriterien haben, wie es etwa beim Bio-Siegel der Fall ist. Nur der, der die höheren Kriterien und Standards erfüllt, darf damit werben. Dänemark und die Niederlande gehen voran, so wie wir es auch in Deutschland vorhaben. Das Ziel ist, dass die Konsumenten über höhere Preise die Mehrleistungen der Landwirte honorieren. Wir wollen die Landwirte bei der Umsetzung des Tierwohlkennzeichens auch finanziell unterstützen. Ab 2020 sollen zusammen mit Landesmitteln 25 Mio. Euro jährlich etwa für den Umbau von Ställen zur Verfügung stehen. Wir planen für die kommenden Jahre 70 Millionen Euro für eine Markteinführungskampagne ein, um das Tierwohlkennzeichen bekannt zu machen.

Aktionsprogramm Insektenschutz

Die Wissenschaft ist sich einig, dass es weltweit und in Deutschland einen signifikanten Rückgang der Insektenpopulation gibt. Wie hoch der Anteil der Landwirtschaft in Deutschland ist, ist wissenschaftlich wie politisch hoch umstritten. Weil die Landwirtschaft selbst auf funktionierende Ökosysteme angewiesen ist, nimmt sie auch eine besondere Rolle bei der Bekämpfung des Rückgangs ein. Darum legen wir das Aktionsprogramm Insektenschutz auf. Viele Betriebe leisten schon jetzt Erhebliches, beispielsweise über das Fakt-Programm, Anlage von Blühstreifen und anderer ökologischer Maßnahmen. Ab dem kommenden Jahr werden wir jährlich 50 Mio. Euro Bundesmittel genau dafür zur Verfügung stellen. Zusammen mit Landesmitteln werden dann insgesamt 83 Mio. Euro pro Jahr bereitstehen. Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, insbesondere bei Insektiziden, wird entscheidend von der Neubewertung des Verhältnisses von Wirksamkeit und nachteiligen Effekten abhängen. Das ist bisher schon so. Klar ist aber auch: Ein pauschale Ablehnung von Pflanzenschutz in oder außerhalb von Schutzgebieten ist nicht vorgesehen. Wir brauchen auch in Zukunft Pflanzenschutz zur Sicherung von Pflanzengesundheit und damit auch der Gesundheit der Bevölkerung.

Direktzahlungen

Die Erhöhung der Umschichtung bei den

EU-Direktzahlungen ist das Verhandlungsergebnis der Koalitionsparteien. Wir unterstützen mit der moderaten Erhöhung der Umschichtung von der ersten in die zweite Säule von 1,5 % auf jetzt 6 % unter anderem landwirtschaftliche Förderprogramme in den Bundesländern. Die SPD und die Grünen hatten sich für die maximal mögliche Umschichtung von 15 % eingesetzt, was zu einer drastischen Kürzung der Direktzahlungen geführt hätte. Angesichts dessen ist die Umschichtung von weiteren 1,5 % ein maßvoller Kompromiss, der für die Betriebe bei den Direktzahlungen mit einem Rückgang von etwa 4,50 Euro pro Hektar verkräftbar ist. Der allergrößte Teil des umgeschichteten Geldes fließt in die Agrarumweltmaßnahmen. Besser wäre natürlich, wenn die Erzeugerpreise steigen würden. Da dies auf absehbare Zeit nicht der Fall sein wird, werden landwirtschaftliche Betriebe wie bisher schon einen gewichtigen Teil ihres Einkommens aus der ersten Säule der EU-Agrarpolitik bekommen. Eine starke Absenkung würde sich verheerend auf den Strukturwandel auswirken. Der Agrarhaushalt des Bundes ist in den vergangenen Jahren angestiegen. Bei den aktuellen Haushaltsberatungen ist eine Erhöhung von 500 Mio. Euro geplant. Aus dem Klimapaket der Bundesregierung stehen bis 2023 zusätzlich 1 Mrd. Euro zur Verfügung. Beides wird zur Weiterentwicklung einer tragfähigen Landwirtschaft, die in der Gesellschaft wieder wertgeschätzt wird, beitragen. Das Ziel der Union ist es, dies durch Anreize und finanziellen Ausgleich zu erreichen, statt mit Verboten.



Liebe Leserinnen und Leser,

ich wünsche Ihnen ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest verbunden mit den besten Wünschen und Gottes Segen für 2020!

Josef Rief MdB



Die Abgeordneten haben das Wort – Raimund Haser MdL

Bienen ja, Volksbegehren nein – CDU beweist, was Mitte heißt

Der Impuls kam aus Oberschwaben – gemeinsam mit ihren Kollegen aus dem Süden distanzieren sich die hiesigen Landtagsabgeordneten August Schuler und Raimund Haser schon im September eindeutig vom Volksbegehren „Pro Biene“ und baten die Menschen auch presseöffentlich, nicht zu unterschreiben. Für beide war es ein Abwägungsprozess, der am Ende vieler Gespräche mit Bäuerinnen und Bauern vom Illertal über die Schwäbische Alb und die Stuttgarter Weinberge bis zum Bodensee stand. Raimund Haser als naturschutzpolitischer Sprecher und August Schuler als Abgeordneter für den Wahlkreis Ravensburg gingen auch hier wie so oft Hand in Hand mit CDU-Generalsekretär Manuel Hagel sowie den Kollegen Thomas Dörflinger (Biberach) und Klaus Burger (Sigmaringen). Hintergrund der Ablehnung, der Anfang Oktober die CDU-Fraktion und schließlich wenige Tage später auch die CDU Baden-Württemberg gefolgt sind, sind die schwerwiegenden Folgen, die der Gesetzestext, so er denn vom Volk angenommen würde, für die Struktur im Ländlichen Raum insgesamt hätte.

Die Forderung nach einem Aus für Pflanzenschutzmittel – egal ob biologisch oder chemisch – in Landschaftsschutzgebieten bedeutet nach den Worten der Abgeordneten: Kein Obst- Gemüse- und Weinbau mehr am Bodensee, kein Hopfen mehr aus Tettang, keine Biokartoffeln mehr aus dem Iller- und Rottal und wegen der verpflichtenden Bio-Anbauquote zudem verheerende Folgen für die Vermarktungschancen baden-württembergischer Biobauern insgesamt. Sie befürchten ebenso wie namhafte Verbände und Verarbeiter, die ebenfalls vor einer Unterschrift warnen, dass auch die Belieferung von Wochenmärkten und der begrüßenswerte Trend zu mehr Produkten aus der Region massiv unter dem von Stuttgarter Demeter-Imkern initiierten Volksbegehren leiden würden.

Der Rückzug von der Unterstützerliste des Volksbegehrens durch namhafte Unternehmen wie Insel Mainau unter der Führung der Familie Graf Berndadotte, Brauerei Härle – der Eigentümer Gottfried Härle ist auch Mitglied bei UnternehmensGrün – oder VauDe mit Antje von Dewitz an der Spitze zeigt nach den Worten der Abgeordneten,



dass das Volksbegehren zwar gut gemeint, aber schlecht gemacht ist. Das ist auch der Grund, weshalb selbst in den eigenen Reihen der verbliebenen Unterstützer – von NABU bis Demeter – die Stimmung sehr angespannt ist. Der Ökobauern-Verband Bioland hat sich dem Volksbegehren von Anfang an erst gar nicht angeschlossen. Auch das werten die Abgeordneten als ein deutliches Zeichen dafür, wie umstritten der Gesetzesentwurf in Wirklichkeit selbst unter denen ist, die vermeintlich für die dort plakatierten Ziele einstehen.

Das Problem liegt nicht im Ziel des Begehrens, sondern an dem, was ganz nebenbei alles an wichtigen Strukturen zerschlagen wird. „Das zu heilen, wie manche glauben, ist im Prozess nicht mehr möglich“, so die Abgeordneten. Denn: „Der Landtag kann zu einem Volksbegehren nur „Ja“ oder „Nein“ sagen – ein „Ja, aber“ sieht die Landesverfassung nicht vor.“ Allerdings, und auch darin sind sich die Politiker mit ihren Parteikollegen einig: Im Naturschutz im Land muss es besser, effektiver und sichtbarer vorangehen.

Deshalb stehen Raimund Haser und August Schuler auch hinter dem nun ausgehandelten Kompromiss-Eckpunktepapier, das – wohlgemerkt – noch kein Gesetz, sondern lediglich eine Verhandlungsbasis zu einem

Gesetz ist. In der Folge der Initiative, die auch von Minister Peter Hauk mitgetragen wurde, wird nun ein Gesetzesvorschlag erarbeitet, an dem auch die Bauernschaft, viele Verbände und die Öffentlichkeit beratend tätig sein wird. Raimund Haser als naturschutzpolitischer Sprecher hofft hierbei auf mehr als nur das Abwenden einer Katastrophe. „Wir müssen auch mal wieder zur Ruhe kommen“, sagte er auf dem Bezirksparteitag in Salem, „wir, die jungen Hofnachfolger, brauchen Investitionssicherheit. Deshalb darf die Politik ihnen nicht im Monatsrhythmus neue Auflagen präsentieren, die ihre Arbeit weder wertschätzt, noch die dadurch entstehenden finanziellen Nachteile ausgleicht.“ Auch im Naturschutz selbst gibt es laut Haser und Schuler Nachbesserungsbedarf. „Niemals gab es mehr Geld für das Thema Naturschutz. Den großen Ankündigungen des Koalitionspartners hinken die Ergebnisse in der Fläche aber deutlich hinterher.“ Es gebe zwar eine Naturschutz- und eine Biotopvernetzungsstrategie im Land. Der Umsetzungsstand sei aber mangelhaft. Auch die Evaluation der Ökopunkteverordnung lasse trotz des großen Beteiligungsprozesses nach wie vor auf sich warten, und viele Maßnahmen im Naturschutz konzentrierten sich zu sehr auf einzelne Arten und zu wenig auf den Populationsschutz und auf flächenwirksame Projekte. „Komplexe



Probleme verlangen komplexe Antworten. Mit den einfachen Antworten des Volksbegehrens sammelt man lediglich Wählerstimmen, erhält aber keine Biene mehr“, so Haser und Schuler.

Seit dem Eckpunktepapier wenig Unterschriften

Mitte Oktober hat die offizielle Unterschriftensammlung in den Rathäusern der

1100 Kommunen im Land begonnen. Die beiden Initiatoren erklärten sich jedoch drei Tage zuvor bereit, die „aktive Werbung“ um Unterschriften bis Mitte Dezember einstellen und sich stattdessen mit der Landesregierung an einen Tisch zu setzen, um einen Kompromiss auszuhandeln. Aus den oberschwäbischen Wahlkreisen kommt Unterstützung für diesen runden Tisch, der Artenschutz und den Erhalt der Biodiversität fordert. Tische, an denen alle Landbe-

wirtschaftler willkommen sind - unabhängig davon, ob sie das Volksbegehren nun unterstützen oder es aus gutem Grund ablehnen.

Das Volksbegehren dümpelt unterdessen vor sich hin: In 16 Städten im Südwesten treffen bisher weniger als 100 Unterschriften ein – in Ravensburg sind es ca. 50 (Stand: Anfang November). „Vor allem wenn man sich vor Augen hält, dass die Sammlung seit dem 24. September läuft, sehen wir uns durch Zahlen wie diese in unserer Aufklärungsarbeit und unseren Argumenten bestätigt. Ausruhen dürfen wir uns deshalb noch lange nicht.

Die Initiativen der Vergangenheit und – seien wir ehrlich – unsere eigenen alltäglichen Erfahrungen zeigen: Wirklich aktiv werden die Leute erst wenn es ernst wird“, so Haser. „Deshalb bitte ich Sie alle bis zum Ende der Unterschriftensammlung am 23. März nächsten Jahres und auch darüber hinaus weiter die konstruktive Diskussion zu suchen, sich weiter für unsere Sache einzusetzen und diese Debatte als Gelegenheit zu begreifen, den Menschen in Baden-Württemberg wieder ein Bild der Landwirtschaft näher zu bringen, das der Realität entspricht und gleichzeitig Lust auf Zukunft macht.“

Ihre Partner wenn's um Reisen geht!

& Reisebüro Müller

Müller Reisen

Industriestraße 1, 88339 Bad Waldsee
Tel. 0 75 24 / 97 38-0, www.omnibus-mueller.de

Prozessautomation

Lebensmittelindustrie	Sistar/Braumat
Molkereien	Proleit
Brauereien	PCS7/ WINCC
Pharmazie / 21 CFR	InTouch/InBatch
Chemie	Allen Bradley

PAVIS Engineering GmbH
Zuppingerstr. 8, D-88213 Ravensburg
Tel. 0751-36343-0, Fax 0751-36343-99
www.pavis-engineering.de / p.kubalek@pavis-engineering.de

Die Abgeordneten haben das Wort – August Schuler MdL

Bericht aus dem Verkehrsausschuss: Mittel des Landes werden von 2020 an nahezu verdoppelt

- **Landtag verabschiedet Novelle des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG)**
- **Ausbau der kommunalen Verkehrsinfrastruktur wird verstärkt**

In Baden-Württemberg steht für den Ausbau der kommunalen Verkehrsinfrastruktur vom kommenden Jahr an fast doppelt so viel Geld zur Verfügung als bisher. Der Landtag verabschiedete in abschließender 2. Lesung eine Novelle des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG), die zum 1. Januar 2020 in Kraft treten soll. Danach können kommunale Verkehrsprojekte in Zukunft mit jährlich 320 Millionen Euro gefördert werden. Bisher lag die Fördersumme bei 165 Millionen Euro pro Jahr. Mit LGVFG-Mitteln werden kommunale Vorhaben im Bereich Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), Rad- und Fußverkehr sowie Straßenbau und Lärmschutz gefördert.

Finanzierungssicherheit für Kommunen und Landkreise

Mit der Novelle des LGVFG bekommen Städte, Gemeinden und Landkreise Finanzierungssicherheit für die Planung und den Bau ihrer Infrastruktur. Es steht nicht nur mehr Geld zu Verfügung. Das Land hat auch die Fördermöglichkeiten deutlich erweitert. So können zum Beispiel die Ertüchtigung und der Ersatzneubau von Brücken gefördert werden. Das Land nimmt auch die Förderung von Schienenfahrzeugen wieder auf. Klimaschutz und Barrierefreiheit spielen künftig

eine wesentlich größere Rolle. Schnittstellen des Güterverkehrs und Wiedervernetzungsmaßnahmen gehören nun gleichfalls in den Förderkatalog.

Für die Finanzierung von Zuwendungen des Landes zur Unterstützung von Verkehrsprojekten und Investitionen im kommunalen Straßenbau, im ÖPNV und im Rad- und Fußverkehr standen aus dem LGVFG bislang Kompensationszahlungen nach dem Entflechtungsgesetz des Bundes im Umfang von etwa 165 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung. Diese Zuweisungen an die Länder laufen zum Jahresende 2019 aus. Im Gegenzug bekommen die Länder einen erhöhten Anteil aus der Umsatzsteuer. Die Erhöhung der Fördermittel um 155 Millionen Euro pro Jahr wird von Land und Kommunen gemeinsam getragen.

Klimaschutz und klimafreundliche Vorhaben

Für die Novelle wurde das Gesetz auch einem Klimacheck unterzogen. Der Klimaschutz wird in der Zielbestimmung des Gesetzes neu verankert. Neu eingeführt wurde ein Tatbestand zur Förderung von Maßnahmen zur Luftreinhaltung mit klarem Verkehrsbezug. Auch Maßnahmen zur Wiedervernetzung von Lebensräumen werden förderfähig. So kann die Trennung von Naturräumen durch den Bau von Grünbrücken beseitigt werden. In der Folge sollen künftig besonders klimafreundliche Vorhaben oder Maßnahmen zur Herstellung der Barriere-

freiheit statt 50 Prozent eine höhere Förderung von bis zu 75 Prozent erhalten. Die Novellierung gibt damit auch einen Anreiz, Projekte als Teil eines Umbaus des Verkehrssystems zu planen. Dafür sollen die Kreise und Städte Klimamobilitätspläne aufstellen können. Darüber hinaus erweitern und modernisieren wir die bestehenden Fördermöglichkeiten, z. B. bei der Brückensanierung und Ersatzbrücken.

Fördersatz 50 Prozent

Der Regelfördersatz beträgt weiterhin 50 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten. Für nicht vorhersehbare, außergewöhnliche Kostensteigerungen wird es - in Umsetzung der Koalitionsvereinbarung - künftig eine Härtefallregelung geben. Zudem werden Kommunen in Zukunft bei den Planungskosten durch pauschalierte Zuschüsse zusätzlich entlastet. August Schuler betonte als Mitglied des Verkehrsausschusses: „Hohe Planungskosten waren bisher für die Kommunen ein Hindernis, ÖPNV-Projekte überhaupt anzugehen. Diese Barriere beseitigen wir jetzt und geben den Kommunen damit auch Planungssicherheit.“ Das Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) stärkt auch in Zukunft die Verkehrsinfrastruktur von Gemeinden, Städten und Landkreisen! Darüber freuen sich der langjährige Verkehrsminister Ulrich Müller und Landtagsabgeordneter August Schuler, Mitglied des Verkehrsausschusses bei einem Treffen zum Jubiläum „150 Jahre Bahnknoten Aulendorf“.

Herzliche Grüße zu Weihnachten und zum Neuen Jahr 2020

„Es treibt der Wind im Winterwalde
die Flockenherde wie ein Hirt,
und manche Tanne ahnt, wie bald
sie fromm und lichterheilig wird,
und lauscht hinaus.
Den weißen Wegen
streckt sie die Zweige hin – bereit,
und wehrt dem Wind
und wächst entgegen der einen Nacht
der Herrlichkeit.“

von Rainer Maria Rilke

Liebe Mitglieder, Vorsitzenden
und Vorstände unserer
Verbände und Vereinigungen,

Ihnen und Ihren Familien wünschen wir Frohe und Gesegnete Weihnachten, sowie ein Gesundes und Erfolgreiches Neues Jahr 2020. Wir sagen Danke für die vertrauensvolle Zusammenarbeit und die engagierte Unterstützung im vergangenen Jahr. Das gilt insbesondere für Ihren großen zeitlichen Einsatz bei den Europawahlen und den Kommunalwahlen. Das motiviert und stärkt unser Wahlkreis-Team für das kommende Jahr 2020.



August Schuler, MdL
(Wahlkreis Ravensburg-Tettang)
Judith Kesel, Büro Weingarten
Heike Herrmann, Büro Stuttgart

Ortsverbände

CDU BERG

Die diesjährige Jahreshauptversammlung der CDU Berg war von großen Veränderungen geprägt. Nach über 7,5 Jahren als Vorsitzender des Gemeindeverbands gab Erwin Bieger das Amt an Jennifer Fetscher ab und komplettierte damit den Generationenwechsel, der im vergangenen Jahr eingeleitet wurde.

Timo Baljer bleibt dem Vorstand weiterhin als stellvertretender Vorsitzender erhalten, der restliche Vorstand wurde nach jahrelangem Engagement in den wohl verdienten Partei-Ruhestand verabschiedet.

Das letzte Jahr war stark von der Kommunal- und Europawahl geprägt, hier ist zu betonen, dass die CDU in Berg erstmals seit 1994 wieder mit einer eigenen Fraktion im Gemeinderat vertreten ist. Mit dem Vortrag „Papst, Pasta und Politik“ und dem alljährlichen Ausflug mit den benachbarten Gemeindeverbänden nach Reutlingen kam auch der Spaß im vergangenen Jahr nicht zu kurz.



Auch dieses Jahr konnten wieder zwei Mitglieder für jahrelange Mitgliedschaft geehrt werden. Hermann Bott wurde für 50 Jahre Mitgliedschaft geehrt, Ines Jaeger für 25 Jahre. Die Ehrenadel, eine Urkunde und ein Präsent wurden vom scheidenden Vorsitzenden und der neuen Vorsitzenden überreicht. Ganz besonderer Dank gilt Erwin Bieger und seinem Beistand für die jahrelange und erfolgreiche Arbeit!



CDU BODNEGG



Im Rahmen einer großen Feier im Dorfgemeinschaftshaus in Bodnegg wurde dem Regierungspräsidenten von Tübingen Herr Klaus Tappeser die Goldene Schwarzwurst verliehen. Der stellvertretende Ministerpräsident und Innenminister von BW, der Stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU Deutschlands und der Vorsitzende der CDU BW Herr Thomas Strobl hat in einer launigen Rede auf die Vorzüge der Schwarzwurst hingewiesen und Herrn Klaus Tappeser als würdigen Preisträger vorgestellt.



Der Preisträger Herr Klaus Tappeser hat sich mit seiner Rede für den Preis bedankt und mit der Vorstellung des Schwäbischen Tequila aufgezeigt, wie theoretisch die Verhältnisse der Parteien sein sollte.

Beim anschließenden Vesper mit Produkten um die Schwarzwurst und gemütlichen Beisammensein konnten die Besucher untereinander und mit den anwesenden Abgeordneten Axel Müller MdB, August Schuler MdL und Raimund Haser gute Gespräche führen.



Bild links - Herr Strobl bei seiner launigen Rede über die Schwarzwurst

Bild mitte - Herr Strobl, Herr Tappeser, Heinz Noppel und die Überbringer der Goldenen Schwarzwurst Isabella und Aurelia Heyer

Bild rechts - Herr Tappeser bei seiner Dankesrede

CDU CHRISTATZHOFEN



Argenbühl – Sehr großen Anklang fand die vom CDU Ortsverband Christatzhofen organisierte Betriebsbesichtigung für Mitglieder und Interessierte bei Firma PROAIR in Eglofs - Reute, dem Hersteller des Delphin Wasserstaubsaugers mit weltweitem Vertrieb. Firma PROAIR wurde 1993 in Eglofs – Reute von Helmut und Klara Grassinger gegründet. Unterstützt werden sie seit vielen Jahren von Sohn Bernhard Grassinger, der für Vertrieb weltweit in über 30 Ländern, aber auch für Organisation und Ablauf vor Ort zuständig ist. PROAIR beschäftigt derzeit 50 Mitarbeiter, hat weltweit kein Tochterunternehmen, der Vertrieb in den jeweiligen Ländern erfolgt über dort ansässige Händler.

CDU besuchte Firma PROAIR in Eglofs - Gerätebau mit höchstem Qualitätsstandard

Der Motor der Delphin Geräte wurde von Firma PROAIR selbst entwickelt und hergestellt. Zubehörteile werden nur von langjährigen regionalen Herstellern mit sehr hoher Qualitätsvorgabe bezogen. Bei Firma PROAIR in Eglofs – Reute werden die Geräte mit größter Sorgfalt und strengster Qualitätskontrolle zusammengebaut. Im betriebseigenen Testlabor vor Ort wird jedes Zubehörteil nach der Entwicklung auf Langlebigkeit getestet. Besonders zu erwähnen ist, die Geräte stehen für 100 % Made in Germany, keine Zubehörteile aus der Ferne, in Deutschland wie auf dem Weltmarkt sind echt Deutsche Qualitätsgeräte nach wie vor sehr gefragt. Durch den weltweiten Vertrieb müssen die Bestimmungen und Vorschriften des jeweiligen Landes strengstens eingehalten werden, auch im Bezug auf Voltzahl und Steckerart. Firma PROAIR ist ein stetig wachsendes Unternehmen, 2017 Erweiterung um eine zusätzliche Lagerhalle, 2018 Bezug eines neuen Bürogebäudes. Der Delphin Wasserstaubsauger saugt mit hoher Leistung den Schmutz auf, bindet ihn in Wasser und reinigt gleichzeitig in einem Arbeitsgang die Luft des Raumes. Langanhaltende Sauberkeit ist gewährt,

der schnell kommende Staub bleibt aus. Auch saugen und wischen ist in einem Arbeitsgang mit dem Delphin möglich und erspart viel Zeit. Durch die nicht benötigten Filterbeutel, hierfür keine Folgekosten. Und ganz wichtig, den unangenehmen Geruch beim Saugen wie es bei Filterbeutelgeräten vorkommen kann, gibt es hier nicht. Der Delphin eignet sich auch für die Reinigung von Polstermöbeln und stark verschmutzten Teppichen, die ansonsten meist entsorgt werden. Selbst verstopfte Abflüsse bekommt man wieder frei. Familie Grassinger kann nach 26 Jahren Tätigkeit auf viele sehr zufriedene Kunden zurückschauen. Der Lamella des Delphin ist patentiert und Familie Grassinger hat für den Delphin Wasserstaubsauger schon mehrmals Preise und Auszeichnungen erhalten. Kontakt zum Vertrieb erfolgt direkt über die Zentrale der Firma PROAIR in Eglofs – Reute.

Da Familie Grassinger großen Wert auf nachhaltige Energie legt, sind die Dächer des Betriebsgebäudes großflächig mit Photovoltaikplatten bestückt, was in ferner Zukunft in dem immer näherkommenden Wohngebiet als Energielieferant denkbar wäre.

CDU NEU- RAVENSBURG



22.09.2019 - Wolfgang Bosbach in Neuravensburg



NRW-Festspiele in Oberschwaben die Dritte!

Nach Friedrich Merz im Juli und Paul Ziemiak im August war Wolfgang Bosbach zu Gast im Kreis Ravensburg. Auf Einladung von MdB Axel Müller hat er über eine Stunde über die politische Lage unserer Zeit referiert. Über 150 begeisterte Zuhörer waren zum Familientag der CDU-Neuravensburg gekommen und wünschten sich mehr Politiker von dieser Sorte. *Photos: Christoph Lüdtk*



CDU LEUTKIRCH

Mitgliederversammlung des CDU-Ortsverbandes Leutkirch



Ehrung für 25 Jahre Mitgliedschaft Sofie und Karl-Heinz Weiler.

Bei der turnusgemäßen Mitgliederversammlung des CDU-Ortsverbandes Leutkirch standen Neuwahlen des Vorstandes an. Als Vorsitzender wurde Markus Posch in seinem Amt bestätigt. Christian Natterer, CDU-Kreisvorsitzender, konnte als Referent gewonnen werden.

In seinem Rückblick zeichnete Markus Posch die vergangenen drei Jahre auf. Unter anderem den Bundestagswahlkampf, die regelmäßigen CDU-Stammtische sowie ein kommunalpolitisches Bürgergespräch, bei dem es um die Entwicklung der Innenstadt ging.

Besonders hob Posch das 70-jährige Jubiläum des CDU-Ortsverbandes hervor. Im Mai 2017 konnte dies gefeiert werden, und als Festredner gelang es, den ehemaligen Ministerpräsidenten Prof. Dr. Erwin Teufel nach Leutkirch zu holen. Der Abend war sicherlich ein Highlight der CDU Leutkirch in den vergangenen Jahren.

Im anschließenden Bericht des Schatzmeisters gab es einen Überblick über die Finanzen des Ortsverbandes. Kassenprüfer Wolfgang Oligmüller konnte dem Schatzmeister Oliver Stotz tadellose Kassenführung bestätigen.

Die darauffolgenden Neuwahlen brachten folgende Ergebnisse:

Markus Posch wurde einstimmig als Vorsitzender bestätigt. Ihm zur Seite stehen künftig Maria Rigal sowie Maik Schischka. Die Finanzen werden auch weiterhin von Oliver Stotz verwaltet, Schriftführer wurde Sebastian Boos. In das Amt des Mitgliederbeauftragten wurde Sven Stöckle gewählt.

Den Vorstand komplett machen folgende zehn Beisitzer:

Rosemarie Bodenmiller, Simon Bodenmüller, Matthias Hau, Joachim Krimmer, Julian Roggors, Joachim Rogosch, Fridolin Scheerer, Cornelia Stotz, Lukas Waldhoff sowie Wolfgang Wild.

Nach den Wahlen referierte Christian Natterer inhaltlich zum Thema „Quo Vadis Volksparteien?“. In den letzten 17 Jahren hätten CDU und SPD knapp die Hälfte ihrer Anhängerschaft eingebüßt. Dies habe zu einer Erosion des sonst so stabilen deutschen Parteiensystems geführt. Natterer mahnte eine größere Unterscheidbarkeit der Volksparteien an. Dies könne der Union nur durch Schärfung ihres inhaltlichen Profils, vor allem bei Themen wie Steuer- und Abgabenlast, Wohnen und innere Sicher-

heit gelingen. Es sei auch ein Armutszeugnis, wenn die SPD, obwohl sie 10% weniger habe als CDU/CSU, 73 Wahlversprechen im Koalitionsvertrag stehen habe und die Union nur 32. „Man habe sich als CDU zu oft damit begnügt, das Kanzleramt zu besetzen und die Inhalte den anderen zu überlassen“, so Natterer. Als weiterer Punkt der Mitgliederversammlung standen zum Schluss noch Ehrungen von Mitgliedern auf dem Programm. Für 25-jährige Mitgliedschaft wurden Sofie und Karl-Heinz Weiler geehrt, welche beide gemeinsam vor 25 Jahren der Union beigetreten sind.

Ebenso wurden Hedwig Seidel-Lerch und Wolfgang Wild geehrt, die beide nach mehreren Amtsperioden nicht mehr für den Gemeinderat angetreten sind. Mit einem besonderen Präsent dankte Vorsitzender Markus Posch den beiden für Ihren kommunalpolitischen Einsatz in der CDU.



Wolfgang Wild und Hedwig Seidel-Lerch wurden für ihren jahrzehntelangen Einsatz als Gemeinderäte in Leutkirch geehrt



Kochwertiges für mein Zuhause!

Entdecken Sie die größte Auswahl der Region an Koch- und Backutensilien, Messersets, Geschirr und Besteck, vielseitige Küchenmaschinen und modernste Bügelstationen.

Thommel Hausrat - Bleicherstraße 34 - 88212 Ravensburg
Tel.: 0751/363 873 2 - www.thommel-hausrat.de

CDU RAVENSBURG

Donnerstagabend. Ein gut besuchtes Café Spital in der Ravensburger Bachstraße. An vier Gruppentischen diskutieren CDU-Mitglieder mit Bürgerinnen und Bürgern zu der Frage: Wie können wir in Ravensburg die europäische Idee weiter mit Leben füllen und weiterentwickeln? Was sich der Vorsitzende des Ravensburger CDU-Ortsverbandes Christoph Sitta und sein Vorstandsteam erhofft hatten, wurde am 24. Oktober Realität.

Vor dem Hintergrund europakritischer Strömungen und wenige Tage vor Ablauf der Brexit-Frist entschied der Vorstand, die anstehende Jahreshauptversammlung unter dem Motto „Europäischer Abend“ zu gestalten. Ravensburg ist über sieben offizielle Städtepartnerschaften und diverse freundschaftliche Verbindungen mit den Kulturen der Partner in Nah und Fern verbunden. Gelebt wird dies bereits ganzjährig z.B. vom Städtepartnerschaftsverein „Die Brückenbauer e. V.“ und dem „Freundeskreis Brest“, die neben der „Deutsch-Französischen-Gesellschaft“ und dem „Portugiesischem Zentrum“ zu Gast waren.

Für unseren Abgeordneten im Europäischen Parlament, Norbert Lins, war der Abend der Auftakt für die Herbsttour durch seinen Wahlkreis. Er lieferte einen eindrucksvollen Input, vor welchen Herausforderungen Europa in den kommenden Jahren steht.

Konkret kommunal ging es im Anschluss weiter. Zur Fragestellung diskutierten die

Europäischer Abend beim CDU Ortsverband Ravensburg



v. l. n. r. Christoph Sitta, Norbert Lins, Hr. Schellhorn (Dt.-Frz.-Gesell.), Fr. Maas-Holzhauser (Die Brückenbauer), Fr. Wippich (Stadt RV), Antje Rommelspacher, Hr. Nold (Freundeskreis Brest)
Photo: Christoph Lüdtko

Gruppen leidenschaftlich und entwickelten zahlreiche Ideen. So kam der Wunsch auf, dass es in Zukunft (wieder) ein Europafest im Herzen der Stadt geben soll. Darüber hinaus soll eine Veranstaltungsreihe zu europäischen Themen entwickelt werden. Die junge Generation – auch mit neuen Formaten – einzubinden, war Tenor aller Gruppen, um die Werte und Wertigkeit Europas bewusst zu machen.

„Ich glaube es ist zu wenig, alle 5 Jahre die Menschen bei der Europawahl um ein möglichst pro-europäisches Votum zu bitten. Wir sollten die europäische Idee nachhaltig im Alltag verwurzeln. Für Ravensburg konnten wir mit der Veranstaltung sicherlich einen wichtigen Beitrag leisten, um diesen Ansatz in der Zukunft mit noch mehr Leben zu füllen“, blickt Christoph Sitta auf den erfolgreichen Abend zurück.

CDU Ortsverband Ravensburg: Mit Sicherheit für Baden-Württemberg

Das Jahresthema „Sicherheit im öffentlichen Raum“ des CDU Ortsverband Ravensburg fand auch im Herbst seine Fortsetzung.

Nach dem Bürgerworkshop zum Jahresauftakt und einer Podiumsdiskussion im Mai, standen zuletzt zwei Fachgespräche auf dem Programm:

Auf Einladung von Axel Müller traf sich Herr Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Stephan Mayer, mit Experten des DRK Kreisverbandes Ravensburg e.V. am 10. Oktober zu einem Hintergrundgespräch über die finanzielle Situation im Bevölkerungsschutz, speziell der Bundesmittel für den Sanitäts- und Betreuungsdienst. Hier ist es

uns gelungen, zu sensibilisieren, welche Herausforderungen bzw. Hausaufgaben auf den Bund zukommen.

Am 16. Oktober reisten CDU-Ortsverbandsvorsitzender Christoph Sitta und Beisitzer Florian Suckel in den Stuttgarter Landtag zu Thomas Blenke, dem innenpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion. Im Gespräch ging es um die Finanzierung des Katastrophenschutzes in BW und das Sicherheitsprofil der CDU Baden-Württemberg – auch im Hinblick auf die Landtagswahl 2021. Im Gepäck hatten Sitta und Suckel zwei Experten des DRK-Landesverbandes: Jürgen Wiesbeck, Landesdirektor der Bereitschaften und Alfred Bosch, stv. Landeskatastrophenschutzbeauftragter.

Christoph Sitta machte deutlich: „Die CDU steht für Sicherheit und das Ehrenamt. Nirgendwo sonst sind die Begriffe so verknüpft wie im Katastrophenschutz.“ Vorbehaltlich der laufenden Haushaltsberatungen freut es uns deshalb verkünden zu dürfen, dass wir für diesen Bereich eine Sonderfinanzierung erwirken konnten. Weitere positive Nachrichten, wie die CDU Baden-Württemberg, das Ehrenamt im Blaulichtbereich stärken wird, hatte Wilfried Klenk, Staatssekretär im Innenministerium dabei, der zum Gespräch zwischenzeitlich dazu kam.

Was hier genau geplant ist, dürfen wir leider noch nicht verkünden, aber Vorfreude ist ja bekanntlich die schönste Freude.

CDU will mehr Tempo bei Umsetzung des Radverkehrskonzepts

Priorität auf Sicherheit bei Schulwegen

Nach einem Gespräch der „Agendagruppe Radfahren“ und dem Vorstand des CDU Ortsverband Ravensburg sind sich beide im Ergebnis einig: Ravensburg braucht ein höheres Tempo bei der Umsetzung des vom Gemeinderat im Jahr 2014 beschlossenen Radverkehrskonzept. „Aufgrund personeller und damit planerischer Engpässe in der Verwaltung in diesem Bereich, sollten wir uns auf drei Maßnahmen fokussieren“, so der CDU-Ortsvorsitzende Christoph Sitta.

1. Die Schulradwege gilt es sicherer zu machen. Sehr viele Schülerinnen und Schüler benutzen täglich ihr Fahrrad. Insbesondere im Abschnitt Wassertre-

ter bis zur Wilhelmstraße kann man mit einem blauen Schutzstreifen viel erreichen. Auch ein Stoppschild von der Friedhofstraße abwärts kommend, trägt zur Verbesserung dieser Gefahrenkreuzung bei. Darüber hinaus erneuern wir unseren Vorschlag, im Bereich aller Schulen mit Straßenmarkierungen (siehe Foto) die Schulwegsicherheit zu erhöhen.

2. Eine zügige Fertigstellung der Rad-schnellverbindung SV 01 von Weingarten/ Ulmer Straße bis Obereschach wäre ein wichtiges Zeichen für die Öffentlichkeit, um zu zeigen, dass sich etwas bewegt und das Radfahren in Ravensburg attraktiver wird.

3. Im Zuge der Neugestaltung des südlichen Marienplatzes sollte der Ausbau von Fahrradabstellplätzen inklusive Gepäckaufbewahrung angegangen werden.

Idealerweise wird es solche Möglichkeiten in Zukunft an den Eingängen zur Altstadt, im Bereich Frauentor/ Holzmarkt, Untertor und Stadtbücherei geben.

Der CDU Ortsverband Ravensburg möchte den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern fortsetzen und freut sich über Anregungen und Ideen an:

cdu@konkret-kommunal.de.

Auf den Weg gebracht ...

Jetzt ist es offiziell und wir können die Katze aus dem Sack lassen ...

Das Innenministerium erarbeitet gerade ein Katastrophenschutzgesetz für BW mit einem Quantensprung für die med. Zunft:

- Helferfreistellung und
- Finanzierung Sanitäts-/ Betreuungsdienst werden in Zukunft klar geregelt sein.

Wir freuen uns, dass wir von RV aus einen Teil dazu beitragen konnten, dass sich was bewegt!



Ingenieurbüro Stotz
GmbH & Co. KG

Ihr verlässlicher Partner für Planung, CAD-Konstruktionen und Projektierung im Maschinenbau

Seit fast 45 Jahren steht bei uns die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit unseren Kunden aus der Region und europaweit im Mittelpunkt.

Viel Know-how, ein familiäres Betriebsklima sowie eine hohe Zufriedenheit und die langjährige Firmenzugehörigkeit unserer gut 40 Mitarbeiter zeichnen uns aus.

Kurze Straße 27 | 88299 Leutkirch | Telefon 07561 82 610 | info@ingbuero-stotz.de

www.ingbuero-stotz.de

Allg. Maschinenbau
Aggregate-/Kranbau
Hydraulikanlagen
Fördertechnik /Cabeling
Gehäuseentwicklung
Sondermaschinen
Schlauchkonstruktion
Vorrichtungsbau
Simulation /Statik

CDU TALDORF



In einer Mitgliederversammlung im „Gasthof Kreuz“ in Bavendorf wurde der bisherige Ortschafts- und Stadtrat Dr. Manfred Büchele zum neuen Vorsitzenden der CDU Taldorf für die Wahlperiode bis 2021 gewählt. Zuvor hatte er bereits mehrere Jahre das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden ausgeübt. Ihm zur Seite stehen als Stellvertreter Thomas Müller (bisheriger Ortschaftsrat), als Schatzmeisterin Ortschafts- und Stadträtin Margarete Eger und als Schriftführerin Christiane Kopp (neu).

Dank an Volker Barth für 20-jähriges Wirken

Manfred Büchele ist Nachfolger von Volker Barth, der das Vorsitzenden-Amt der Taldorfer Union über zwei Jahrzehnte ausgeübt hatte. Büchele, sowie Stadtverbands-Vorsitzender und Wahlleiter August Schuler dankten Barth für sein hochengagiertes Wirken für die CDU: „seine Basisarbeit war ein unverzichtbarer Dienst an der Demokratie“. Im Frühjahr 1992 sei die CDU Taldorf gegründet worden. Auch und gerade um die politischen Interessen der Ortschaft und seiner Menschen stärker ins Blickfeld zu rücken. Barth folgte dem Gründungsvorsitzenden Franz Wachter, sowie Stadt- und Ortschaftsrat Fritz Schubert im Vorsitzenden-Amt. Büchele und Schuler hoben einige Meilensteine der „Ära Barth“ und seiner Vorstandsteams hervor: ein intakter Verband mit 70 Mitgliedern, die mehrmonatige Aktion für den Bau der B 30-Süd mit über 5000 Unterschriften und Übergabe an den Bundesminister für Verkehr (2009), die langjährige Teilnahme am Sommerprogramm, das 25-jährige Jubiläum der CDU Taldorf 2017, kommunale Wahlergebnisse zu den Wahlen des Ortschaftsrates Taldorf mit Ergebnissen bis 60 Prozent. Das zeige deutlich, so Manfred Büchele, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die CDU Taldorf und ihre Ortschaftsräte.

Neuwahlen bei der CDU Taldorf: Manfred Büchele ist neuer Vorsitzender



Erneuerter Vorstandsteam

Weitere zehn Beisitzer stehen dem Vorstand zur Seite: Ortschaftsrat Andreas Lutz (neu), Ortschaftsrat Jochen Ott (neu), Christa Tischler, Ortschaftsrätin Kornelia Wachter, Ortschaftsrat Markus Petretti, Ortschaftsrätin Lynn Kreher (neu), Susanne Hofherr, Ortschaftsrat Joseph Bentele, Franz Haller, Dominik Leser. Mit Margarete Eger als Fraktionsvorsitzende im Ortschaftsrat und dem neuen CDU-Vorstand sei gewährleistet, dass die Anliegen und Aufträge der Bürgerschaft in den politischen Gremien gehört und umgesetzt werden, so Büchele. Seine Kollegin Eger sei als Stadträtin und neugewählte Kreisrätin bestens vernetzt. Die wieder achtköpfige Unionsfraktion (Wahlergebnis 57,5%) sei paritätisch mit je vier Frauen und Männern besetzt, sowie deutlich verjüngt. Mit vier erfahrenen Räten (Eger, Wachter, Petretti, Bentele) und vier „Neuen“ (Kreher, Knisel-Schmeh, Lutz, Ott) sei die politische Basisarbeit weiterhin gewährleistet. Manfred Büchele: „als neuer Vorsitzender sehe ich meine wesentlichen Aufgaben darin, die junge und engagierte Generation in unserer Ortschaft für ein politisches Wirken zu begeistern. Und damit für die Zukunft zu gewinnen. Sei es im Ortschaftsrat, sei es in der Taldorfer Union.“

Mobilität im ländlichen Raum

Den Abschluss der Mitgliederversammlung bildete ein Referat des Landtagsabgeordneten August Schuler zum Thema: „Mobilität für den ländlichen Raum“. Schuler betonte als Mitglied des Verkehrsausschusses einmal mehr ein wesentliches Gebot der Landesverfassung zur „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“. Der ländliche Raum Oberschwaben, Allgäu und das Schussental habe den gleichen Anspruch wie der urbane Raum und die Ballungszentren in Sachen Mobilität, Bildung, Schaffung von Wohnraum und Gewerbegebieten. Es gelte auch einer Abwan-

derung der jungen Generation in die großen Städte entgegenzuwirken. Schuler skizzierte die Entwicklung der letzten vier Jahrzehnte in der Demoskopie (inzwischen 83 Millionen Einwohner), in den PKW-Zahlen (Verdoppelung auf 45 Millionen), in der Mobilität. Die Verkehrsträger „zu Fuß“, Fahrrad, ÖPNV/SPNV, PKW, Bahn gelte es nicht gegeneinander auszuspielen, sondern alle kontinuierlich zu verbessern und zu vernetzen. Auch in Zukunft, so Schuler, werde der ländliche Raum leistungsfähige Straßen und PKW benötigen. Allerdings gelte: 50 % der PKW-Fahrten seien nach neuen Studien unter 5 km. Das biete neue Chancen für einen leistungsfähigen Busverkehr (ÖPNV) und für E-Bikes.

Neuer Regio-Schnellbus Konstanz-Ravensburg

Umgesetzt werden derzeit: die Elektrifizierung der Südbahn (Kosten 300 Millionen Euro), die Fertigstellung der B 30-Süd mit Eröffnung im Herbst 2019 (Kosten 80 Millionen Euro), der Regio-Schnellbus Konstanz-Ravensburg mit einstündigem Takt (Jahreskosten 1,3 Millionen Euro, 60 Prozent Landesförderung). In Planung seien: die Verbesserung des Stadtbus-Verkehrs (Tarife und Taktzeiten), die Elektrifizierung der Bodensee-Gürtelbahn, neue Modelle des Car-Sharing und des E-Bike-Verleihes. Auch in den neuen Mobilitäts-Technologien (E-Mobilität, Brennstoffzelle, Hybrid-Mobilität, autonomes Fahren) dürfe Oberschwaben nicht „abgehängt“ werden. Vor allem gelte es, so der Verkehrsexperte, die Menschen zu überzeugen und für die „neue Mobilität“ zu begeistern. Mit einer politischen „Verbots-Mentalität“ seien die Bürgerinnen und Bürger nicht für eine neue mobile Zukunft zu gewinnen.

CDU Ortsverband Taldorf

**Dr. Manfred Büchele, Vorsitzender
Margarete Eger, Fraktionsvorsitzende
im Ortschaftsrat und Thomas Müller,
stellvertretender Vorsitzender**

CDU WANGEN

Mehr als 40 Mitglieder und Gäste ließen sich am Sonntag bei strahlendem Sonnenschein auf Einladung des Wangener CDU-Ortsverbands und ihres Vorsitzenden Johannes Sontheim im historischen Ambiente des Zunftwinkels zum traditionellen Weißwurstessen bewirten. In diesem Jahr setzte die Partei dabei inhaltlich einen kunsthistorischen Schwerpunkt.

Der ehemalige Ortsheimatpfleger Johannes Steinhauser führte die Interessierten bei einem Hausrundgang detailliert in die Geschichte eines der ältesten Häuser Wangens ein. Eindrucksvoll zeigte er dabei die bewegte Vergangenheit dieses im Jahre 1342 erworbenen Zunfthauses der Weberleute auf. Überwogen in der Zunft zahlenmäßig die Schneider, mussten die Weber den Zunftkameraden den Vortritt überlassen – bis hin zur Namensgebung ihres Versammlungsortes. Abschluss und Höhepunkt war der historische Zunftsaal mit den - teils rudimentären - Wandmalereien aus der Renaissance. Vom Verfall bedroht wurde das geschichtsträchtige Gebäude dank des Erwerbs durch die Stadt Wangen Anfang der 90er Jahre in einer aufwändigen Sanierung zu dem, wie es die Wangener heute lieben: Ein Denkmal der Heimatgeschichte.

Bei Kaffee und Kuchen stellte sich anschließend der jüngst gewählte CDU-Fraktionsvorsitzende Mathias Bernhard vor. Auch MdB Axel Müller – zuvor noch Gast auf der Oberschwabenschau in Ravensburg - eilte in die Allgäustadt und stand für Fragen der interessierten Zuhörerschaft zur aktuellen Bundespolitik Rede und Antwort. Er erwähnte hierbei die Tatsache, dass es leider

CDU serviert Weißwürste mit Politik und Kunst



Von r. n. l.: CDU-Ortsvorsitzender Johannes Sontheim, Stadträte Otto Joos und Patricia Thiermann-Haase, MdB Axel Müller, CDU-Fraktionsvorsitzender Mathias Bernhard, CDU-Vorstandsmitglied Albert Hampel und Stadtrat Paul Müller.

in den Medien derzeit unterginge, dass die Große Koalition von CDU und SPD jetzt bereits zur „Legislatur-Halbzeit“ – schon über 60% der Inhalte des Koalitionsvertrages abgearbeitet hätte. Dranbleiben müsse man noch beim „Klimapaket“, das „sicherlich nicht mit »sehr gut« benotet werden könne, aber ein guter Anfang sei, der nun stehe“. Sicherlich werde das Thema Klimaschutz noch

in den nächsten Jahren vielfach die politischen Debatten in Berlin bestimmen, wobei klar sei: „Die aktuelle Politik kann nicht alles auf einmal leisten und richten!“ Neben den „bayerischen Gaumenfreuden“ gab es bei den Christdemokraten auch einen Ohrenschmaus konzertanter Musik, dargeboten vom „Wangemer Duo“ (Rudi und Bruno mit Akkordeon und Gitarre).

ZWA Ziegelwerk Arnach
Ziegelwerk Arnach GmbH & Co. KG · 88410 Bad Wurzach
Telefon +49 (0)7564 / 308-0 · www.zwa.de

ALLES FLIEST
FLIESEN muschel
FLIEST ALLES
ROBERT MUSCHEL GmbH
MEISTERBETRIEB
88212 RAVENSBURG
ZEUGHAUSSTR. 5
T 0751 : 3524262
F 0751 : 3524263
E fliesen-muschel@t-online.de
I www.fliesen-muschel.de

STADTVERBAND RAVENSBURG

Feierstunde der CDU Ravensburg zum Tag der Deutschen Einheit

Zu einer öffentlichen Feierstunde hatte die CDU Ravensburg in das Kornhaus eingeladen. Auch am 29. Jahrestag der Deutschen Einheit und am 30. Jahrestag des Mauerfalls in Berlin war der Saal voll besetzt, dazu eröffnete ein Trompetentrio der Musikschule fröhlich und schwungvoll. „Der 3. Oktober ist und bleibt ein Tag der Freude und des Dankes“ stellte Stadtverbandsvorsitzender August Schuler in seiner Begrüßung fest. Die friedliche Revolution sei ein großes Geschenk gewesen. Neben dem Nachdenken über die Vereinigungsjahre 1989/1990 gelte es gemeinsam die Zukunft zu gestalten, sich zu begegnen und im Gespräch zu bleiben. Ein wesentliches Element des Miteinanders seien die Städtepartnerschaften. Bundestagsabgeordneter Axel Müller betonte in seinem Grußwort den Zusammenhalt der Gesellschaft. Die Bilanz der Einheit sei nach 30 Jahren positiv, über die Leistungen der Menschen empfinde er „Stolz und Freude“. Auch ein Gedenkjahr 1949: Unser Grundgesetz, der erste Bundestag, die Wahlen des Bundeskanzlers Konrad Adenauer und des Bundespräsidenten Theodor Heuss, so Axel Müller, seien vor 70 Jahren Marksteine der Demokratie gewesen.



Der Weg zur friedlichen Revolution

Der langjährige Abgeordnete aus dem Bodenseekreis und Minister i.R. Ulrich Müller hielt die Gedenkrede zum Thema „Was lehrt uns die friedliche Revolution von 1989?“ Dass diese Revolution aus der Bürgerschaft heraus sowohl erfolgreich wie auch friedlich verlaufen sei, sei ein unschätzbare Wert für die deutsche Geschichte, erläuterte Müller. Die damalige DDR und der Ostblock seien 1989 sowohl ökonomisch wie moralisch am Ende gewesen. Der Festredner skizzierte die

Ein Tag der Freude und des Dankes



Gastreferent Ulrich Müller mit den Vorsitzenden der Ravensburger Verbänden.

Wegmarken und Vorboten der Revolution: die Charta 77 der tschechoslowakischen Bürgerrechtsbewegung, die NATO-Nachrüstung der 80-er Jahre, die Solidarnosc-Bewegung in Polen, die Friedensgebete und die Rolle der Kirchen in der DDR, die wirtschaftliche Sogwirkung des Westens, nicht zuletzt das Wirken von Papst Johannes Paul II und Michail Gorbatschow (Glasnost und Perestroika). Drei entscheidende Daten über 8 Wochen seien 1989 entscheidend gewesen: die Grenzöffnung zwischen Ungarn und Österreich (10. September), die Ausreise der über 4000 Botschaftsflüchtlinge aus Prag (30. September, 1. Oktober) und schließlich der Mauerfall am 9. November. Die DDR sei

regelrecht implodiert, die 40-Jahrfeier vom Oktober 1989 sei zu einer „Begräbnisfeier“ geworden. Vor der „Mut vieler Menschen“ bei den Demonstrationen und dem Ruf „Wir sind ein Volk“ habe die SED-Staatsmacht kapituliert.

Lehren aus der friedlichen Revolution

Die CDU habe über Jahrzehnte die vom Grundgesetz aufgetragene „Deutsche Einheit in Frieden und Freiheit“ nie aufgegeben. Ulrich Müller: „Nichts ist so mächtig wie eine

Idee, deren Zeit gekommen ist!“ Freiheit und Menschenrechte seien universell und unumkehrbar. Der Sozialismus und die Planwirtschaft seien zusammengebrochen, sowohl ökonomisch, politisch und moralisch. Die Menschen hätten sich eindeutig für die soziale Marktwirtschaft entschieden. Die DDR als „rigides und starres System“ habe sich innerhalb von kürzester Zeit aufgelöst. Für die Revolution als historische Situation habe es kein Drehbuch gegeben, die Bundesrepublik und die Regierung von Bundeskanzler Helmut Kohl habe „entschlossen, schnell und klar“ gehandelt und den Grundgedanke des „Beitritts nach Artikel 23 des Grundgesetzes“ umgesetzt. Hilfreich seien die vielen Gruppen und Gesprächskreise in der DDR gewesen. Der Mut und das Engagement von „Wenigen“ sei zu einer Massenbewegung und zu Demonstrationen von „Vielen“ geworden. Die Eigendynamik der Revolution war eine Mischung aus „Entschlossenheit und Besonnenheit“. Die deutsche Westintegration (EU, NATO) habe die 2+4-Verhandlungen möglich gemacht. Ulrich Müller: „Auch bei einer glückhaften Entwicklung sind politische Freunde notwendig!“ Und: „Freiheit ist nicht einfach.“ Die Änderung in den Lebensläufen der Menschen, die biographischen Brüche, der extreme kulturelle und politische Wandel lasse sich nur mit viel Zeit, mit Vernunft und Verstand heilen. Das sei in den vergangenen Jahrzehnten unterschätzt worden. Die Wirklichkeit könne die hohen Erwartungen nicht erfüllen, der Revolutionseuphorie sei der „Katzenjammer, die politische Depression“ gefolgt. Das Fazit von Ulrich Müller für die Menschen in Ost und West: „weiterhin miteinander sprechen und sich oft begegnen.“ Die gemeinsam gesungene Nationalhymne beschloss eine würdige und freudvolle Feierstunde 2019.

Aus der Wangener CDU-Fraktion und dem CDU-Stadtverband

CDU FRAKTION WANGEN

Die beiden langjährigen und verdienten CDU-Stadträte Hans-Jörg Leonhardt und Rolf Keller wurden kürzlich von der neuen Wangener CDU-Fraktionsspitze um den Vorsitzenden Mathias Bernhard und seinen 3 Stellvertretern, bei einem gemütlichen Abendessen verabschiedet. Dabei wurde ihnen für ihre Verdienste und ihr jahrelanges Engagement für die CDU-Fraktion und die Stadt Wangen gedankt. Beide erhielten zudem kleine Präsente in Form von Wein und Reiseliteratur. Leonhardt und Keller waren im September auf eigenen Wunsch aus dem Wangener Gemeinderat ausgeschieden. „Wir verlieren mit Hans-Jörg Leonhardt und Rolf Keller zwei unserer besten kommunalpolitischen Köpfe. Beide haben die Arbeit der CDU-Fraktion in den letzten 20 Jahren nachhaltig geprägt. Ihr analytisch vernetztes Denken, ihre gradlinige Art Politik zu machen und ihr großer Wissensschatz werden uns sehr fehlen“, so der neue Fraktionsvorsitzende Mathias Bernhard. Leonhardt gehörte dem Wangener Gemeinderat 20 Jahre von 1999 bis 2019 an. Rolf Keller 15 Jahre von 2004 bis ebenfalls 2019. Darüber hinaus waren beide auch als Mitglieder ihrer Ortschaftsräte in Niederwangen und Schomburg tätig.

Mathias Bernhard neuer Fraktionsvorsitzender der Wangener Stadtratsfraktion



Der neue CDU-Fraktionsvorsitzende Mathias Bernhard

CDU-Fraktion dankt und verabschiedet Hans-Jörg Leonhardt und Rolf Keller



Hans-Jörg Leonhardt (2. v. l.) und Rolf Keller (mitte) wurden mit Präsenten von Christian Natterer (l.), Patricia Thiermann-Haase (2. v. r.) und Mathias Bernhard (r.) von der CDU-Fraktion verabschiedet.

Wir möchten uns als CDU in diesem Zusammenhang auch für das Wirken von Hans-Jörg Leonhardt im letzten Jahr als Fraktionsvorsitzender und ehrenamtlicher OB Stellvertreter bedanken. „Er hat das Amt an der Fraktions Spitze mit einem unglaublichen Zeitaufwand und viel Herzblut ausgefüllt, viele neue Ideen entwickelt und inhaltlich mit modernen Themen überzeugt. Als unser erster OB-Stellvertreter war er zudem eine starke Stütze

von OB Michael Lang und somit ein gutes Aushängeschild für die Stadt Wangen insgesamt“, so CDU-Stadtverbandsvorsitzender Christian Natterer. Wir danken beiden für die viele Zeit, die sie in den letzten Jahren in die Kommunalpolitik und die CDU investiert haben und werden ihnen immer eng verbunden bleiben, so Mathias Bernhard, Christian Natterer, Roswitha Geyer-Fäßler und Patricia Thiermann-Haase.

Im September hat die Wangener CDU-Fraktion eine neue Fraktionsspitze gewählt.

Der Neuravensburger Stadtrat Mathias Bernhard wurde von der CDU-Fraktion einstimmig an die Spitze der 12köpfigen und somit größten Wangener Rathausfraktion gewählt. Der 48jährige Unternehmer und Holzkaufmann folgt somit auf Hans-Jörg Leonhardt, der den Rat auf eigenen Wunsch im September verlassen hatte. Ihm zur Seite stehen 3 stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Nämlich der CDU Kreis- und Stadtverbandsvorsitzende Christian Natterer und die Karseer Stadt- und Ortschaftsrätin Roswitha Geyer Fäßler. Beide waren bereits unter Leonhardt Fraktionsstellvertreter. Neue Stellvertreterin und damit dritte im Bunde ist die Wangener Stadträtin Patricia Thiermann-Haase.

Treppenbau - Innenausbau
Bedachungen-Altbausanierung

ZIMMEREI WÜRSTLE

RV-Schmalegg-Trutzenweiler 66
Tel. 0751 / 92156 - Fax 92155

WEINSTADL RIMMELE
RESTAURANT · das Leben genießen

TAGUNGEN
FIRMENEVENTS
FAMILIENFEIERN

RESTAURANT & ERLEBNISGASTRONOMIE
Hiltensweiler 25 · 88239 Wangen im Allgäu
www.weinstadl-rimmele.de

Nach über 40 Jahren Kommunalpolitik - Theobald Harlacher und Walter Mohr werden von der CDU verabschiedet

Die Kommunalwahl 2019 brachte viele Veränderungen mit sich. Zwei davon standen bereits im Vorfeld der Wahl fest. Nämlich das Ausscheiden der langjährigen Wangener Stadträte und Urgesteine Walter Mohr und Theobald Harlacher aus dem Gemeinderat. Harlacher verabschiedete sich zudem auch als Deuchelrieder Ortsvorsteher. Auf insgesamt 39 Jahre im Gemeinderat bringt es Walter Mohr, der 1980 erstmals in den Wangener Rat gewählt wurde und ihm bis zur Kommunalwahl 2019 ununterbrochen angehörte. Der heute 70jährige Landwirt aus Leupolz war damit über viele Jahre der am längsten amtierende Stadtrat in Wangen und gehörte auch viele Jahre dem Leupolzer Ortschaftrat

an. In dieser Zeit wirkte er bei vielen weitreichenden Entscheidungen bis zum Bau der A96 mit. Nun freut er sich nach seiner „kommunalpolitischen Ära“ über mehr Zeit für die Familie, wird aber das politische Geschehen wie er sagte weiter mit Spannung verfolgen.

Theobald Harlacher hat es, wenn man alle seine Ämter als Ortsvorsteher, Ortschafts-, Gemeinde- und Kreisrat zusammennimmt, auf glatt 115 Jahre kommunalpolitischer Tätigkeit gebracht. Dem Gemeinderat selbst gehörte Harlacher seit 1984 genau 35 Jahre an. Ortsvorsteher von Deuchelried war er seit dem Jahr 2004. Der 73jährige hat mit seiner ausgleichenden und geschickten Art Politik

zu machen zu einer guten Entwicklung des Wangener Teilorts beigetragen. Bis zuletzt war er außerdem als stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion im Gemeinderat aktiv und dort eine große Stütze für die Vorsitzenden Paul Müller und Hans-Jörg Leinhardt.

Auch Harlacher freut sich nun über die mehr gewonnene Freizeit für seine Familie und seine Enkelkinder. Die CDU-Fraktion, der CDU-Stadtverband und die CDU-Ortsverbände Leupolz und Deuchelried wünschen beiden alles Gute und freuen sich über viele weitere Begegnungen auch außerhalb der aktiven Politik.



Walter Mohr (r.) wird nach 39 Jahren im Stadtrat vom CDU-Kreis- und Stadtverbandsvorsitzenden Christian Natterer (l.) mit einem Präsent verabschiedet.



Theobald Harlacher (3. v. l.) freut sich über einen Geschenkekorb anlässlich seiner Verabschiedung als Ortsvorsteher von Deuchelried von den Mitgliedern der CDU-Gemeinderatsfraktion und des CDU-Ortsverbandes Deuchelried.

STEUERBERATER
RECHTSANWALT **:ML**

Matthias Link

Olgasstraße 10
88214 Ravensburg

T: 07 51 / 36 299-10
F: 07 51 / 36 299-19
E: mail@steuerberater-link.de

**Ihr Partner für
Gestaltung
und Renovierung**



Tel. 0 75 64/21 48

Fax 94 94 63

maler mohr

Maler- u. Lackierbetrieb
Waldburgstraße 25
88410 Bad Wurzach

W GRABMALE
WACHTER

Gerold Wachter

Steinmetzmeister und Bildhauermeister

88255 Baienfurt, Ravensburger Str. 26

88250 Weingarten, Friedhofstr. 17

☎ **07 51 / 4 65 66**

Fax 07 51 / 5 12 99

privat: 075 43 / 5 04 00

www.grabmale-wachter.de

Vereinigungen

Junge Union im Kreis Ravensburg wählt neuen Vorsitzenden / Axel Müller MdB spricht zu Antisemitismus

Timo Baljer folgt auf Matthäus Bürkle

Einstimmig wählten die Mitglieder des Ravensburger Kreisverbands der Jungen Union (JU) Timo Baljer zum neuen Vorsitzenden.

Der 21-jährige Student an der Universität St. Gallen sprach sich für eine Öffnung der JU aus: „Im kommenden Jahr werden wir zu vier besonders kontrovers diskutierten Themen – Klimaschutz, Außenpolitik, Feminismus und Generationenvertrag – öffentliche Debatten anbieten. Nur, wenn innerhalb der Gesellschaft wirklich miteinander gesprochen wird, können wir die aktuelle Polarisierung überwinden.“ Zudem wolle er sich mit dem Verband „kritisch, aber konstruktiv“ in Auseinandersetzungen um die zukünftige Ausrichtung der CDU einmischen. Baljer dankte seinem Vorgänger Matthäus Bürkle, der in das Amt des JU-Bezirksvorsitzenden aufstieg und deshalb nicht mehr antrat, für die geleistete Arbeit: „Die Israel-Reise Mitte dieses Jahres war außergewöhnlich!

Auch in Zukunft werden wir über die Grenzen des Landkreises hinausgehen und im Mai beispielsweise Budapest besuchen.“ Im Anschluss an die Wahl sprach der hiesige CDUBundestagsabgeordnete Axel Müller, der Berichterstatter seiner Fraktion für Antisemitismus ist, zum Thema: „Deutschland nach Halle: Nie wieder! Aber wie!“. Müller betonte, antisemitische Vorstellungen unterschiedlichster Prägung seien in Deutschland nach wie vor verbreitet. Auch die Zahl antisemitischer Straftaten nehme zu, wobei die Dunkelziffer wohl noch deutlich höher



V. l. n. r.: JU-Landesvorsitzender Philipp Bürkle, Christoph Sitta (CDU Ravensburg), Matthäus Bürkle, Timo Baljer, CDU-Kreisvorsitzender Christian Natterer, Axel Müller MdB

sei: „Leider werden nur etwa 28 Prozent der Vorfälle auch zur Anzeige gebracht. Und selbst angezeigte Taten werden nicht immer als antisemitisch eingestuft. Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus kann hier weiterhelfen. Sie genießt großes Vertrauen in der jüdischen Gemeinde und kann den Kontakt zu den Behörden herstellen.“ Problembeschreibung allein reiche jedoch nicht aus, meint der langjährige Richter am Landgericht Ravensburg, der ein konsequenteres Vorgehen der Staatsgewalt befürwortet: Zum Beispiel genüge es nicht „in den sozialen Netzwerken nur schneller zu löschen, es ist auch unabdingbar, dass volksverhetzende Kommentare und Drohungen immer strafrechtliche Konsequenzen haben.“ Auch israelbezogenen Antisemitismus müsse man

in den Blick nehmen, weswegen er aus voller Überzeugung eine Bundestagsresolution gegen die sogenannte BDS-Bewegung unterstützt habe. Diese unterstützt einseitige und existenzgefährdende Wirtschaftssanktionen gegen Israel.

Letztlich komme es bei der Bekämpfung des Antisemitismus aber auf Prävention in den Schulen und auf ein entschiedenes Handeln der Zivilgesellschaft an, erklärte Müller: „Jeder von uns ist gefragt!“ Dieser Aufforderung schloss sich der JU-Kreisvorsitzende, Timo Baljer, in seinem Schlusswort an: „Antisemitismus ist kein jüdisches, sondern ein gesellschaftliches Problem. Nur aus der Mitte der Gesellschaft heraus können wir es lösen.“

MIT - Carsten Linnemann beim Unternehmerfrühstück in Ravensburg

„Der Mittelstand ist das Herz der Gesellschaft“

Zu einem Unternehmerfrühstück hat der MIT Kreisverband Ravensburg den Vorsitzenden der Mittelstands- und Wirtschaftsunion und Stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Carsten Linnemann eingeladen. Kreisvorsitzender Christian Bangert gratulierte Linnemann zum Wahlerfolg beim Bundesmittelstandstag in Kassel zur Wiederwahl

als Bundesvorsitzender mit hervorragenden 98 %.

Bangert stellte im Rahmen einer Diskussionsrunde nach dem Vortrag von CDU-Bundvorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer in Kassel die Frage „Laut KfW Bank werden in den nächsten Jahren 512.000 Mittelständler aufhören und in Rente gehen, ohne dass ein Nachfolger zur Unternehmensfortführung gefunden wurde. Was unternimmt unsere Regierung?“ Antwort

von AKK: „Die Politik kann sich nicht um alles kümmern, das muss der Unternehmer schon selbst übernehmen.“

AKK ist wohl nicht bewusst, dass es hier um mehrere Millionen Arbeitsplätze handelt und stellt wieder mal mehr unter Beweis, dass sie keine Ahnung von Wirtschaftspolitik hat. Werden bei VW 5.000 Arbeitsplätze gestrichen, hat man das Gefühl, dass in Berlin ein Rettungsschirm organisiert wird - beim Mittelstand fehlt die Tragweite.

„Leider haben wir unseren unternehmerischen Mut seit vielen Jahrzehnten eher diskreditiert, als positiv herausgestellt. Deshalb wollen viele eine beamtenähnliche Arbeitsplatz- und Versorgungssicherheit. „Vollkasko statt Risiko“. Der Unternehmer per se ist neutral, er will sein Geschäft machen und die politischen Rahmenbedingungen werden rapid schlechter. Hier muss nachgebessert werden“, so Bangert.

Linnemann sagt „ Der Mittelstand ist das Herzstück der deutschen Gesellschaft, Mittelstand ist Teil unserer Kultur. Der Mittelstand macht die Gesellschaft, der Mittelstand finanziert die Gesellschaft, der Mittelstand ist die Gesellschaft. Unser Land ist polarisiert wie selten zuvor. Dann gibt es noch ein neues Prinzip vieler Politiker - das nennt sich „moralisieren“ - wie bei FFF (friday for future) Klimawandel oder auch die Schuldendebatte, dabei kommt man nicht mehr auf die Faktenebene“. Linnemann weiter: „Es war die MIT, die den Meisterbrief wieder einforderte. Es war die MIT, die eine Flexirente durchsetzte und es war die MIT, welche das Thema „kalte Progression“ angegangen ist. Die MIT fordert die Gewerkschaften auf, flexiblere Arbeitszeitmodelle im Sinne der Arbeitnehmer zu befürworten. Wir haben die höchsten Energiekosten und es gibt kein Konzept, wenn die letzten Atomkraftwerke in 2022 abgeschaltet werden“.

Im regen Diskussionsaustausch mit rund 20 anwesenden Unternehmern sagte Linnemann „Die Frage der Zukunft sollte nicht sein „wie“ wollen wir leben sondern „wovon“ sollen wir leben? Es ist Zeit, ein neues Denkmuster anzunehmen, Zeit zu einer Volksumerziehung und wir müssen aufhören mit unserer Bereitstellungskultur. Wir müssen unseren Sprachgebrauch ändern keine Karaoke (nachsingen) mehr.



von links nach rechts: Markus Winter, Christian Bangert, Carsten Linnemann
Hartmut Kräwinkel, Iris Herzogenrath

Wir brauchen:

- ein klare, verständliche Sprache,
- Überzeugungen die glaubwürdig sind
- und Positionen die verstanden werden.

Es muss uns gelingen, unsere Positionen in alle Bevölkerungsschichten zu transportieren, das bedeutet, dass wir für ein und dieselbe Position mehrere Übersetzungen benötigen. Wir müssen mit den Zwanzigjährigen eine andere Kommunikation aufbauen wie mit den vierzig oder sechzig jährigen Menschen. Wenn das nicht erreicht wird, gibt es keine Volkspartei.

Klarheit und Wahrheit - so ich das sehe - sollte unser Sprachgebrauch sein. Klare Linie, klare Meinung, auch mal hin stehen. Ich sehe das nicht so weil..., wir müssen wieder lernen auf uns Stolz zu sein, ich bin dabei, ich gehöre zum Team. Leider fehlt es an Führung und wir haben hier in Deutschland einen politischen Gemischtwarenladen.“ Alle Teilnehmer sprachen sich dafür aus, dass die Unternehmer entlastet werden müssen, vor allem in der unvernünftigen Bürokratie und in den enorm hohen Nebenkosten. Es müssen Anreize geschaffen werden, das Unternehmertum für die Nachfolgeneration interessant zu machen z.B. durch mehr Risikobereitschaft wie Darlehen ohne Sicherheiten, Steuervergünstigungen, sofortige Verbesserung der Digitalisierung vor allem im Ausbau des Glasfasernetz, das dauert alles viel zu lange. Es kann auch nicht sein, dass Personengesellschaften höher besteuert werden als Kapitalgesellschaften. Auch müssen dringend die 450€ Minijobs auf 650€ erhöht werden. Künstliche Intelligenz, Digitalisierung und Breitbandausbau sind Technologien, bei denen die Bundesrepublik keine gute Figur abgibt: Deutschland hinkt international gesehen in diesen Bereichen deutlich hinterher und belegt oft nur die hinteren Plätze.

Was die Adaption und Nutzung von neuen Technologien angeht, herrscht in Deutschland auf staatlicher Seite meist gähnende Langsamkeit. Während das Staatsministerium für Digitalisierung schon von Flugtaxi schwärmt, sind viele Teile Deutschlands noch nicht einmal mit schnellen Internetschlüssen ausgestattet. Auch bei dem Thema e-Government, was einer deutlichen Erleichterung für die Bürger gleichkäme, hängt Deutschland weit hinterher. Dabei ist die Digitalisierung heutzutage weder aus der Geschäftswelt noch aus dem Privatleben wegzudenken. Nicht von ungefähr sprechen wir vom Informations- und Internetzeitalter. Die zunehmende Digitalisierung bietet dabei nicht nur vielversprechende Innovationen, sondern stellt den Einzelnen auch vor die Herausforderung, sich in höherem Maße mit Technik auseinanderzusetzen. Die Digitalisierung kommt in Deutschland nur schleppend voran, es dauert viel zu lange bis Datenautobahnen installiert sind. Dies führt zu Wettbewerbsverzerrungen und ist nachteilig für die deutsche Wirtschaft - sprich Arbeitsplätze.

In einer abschließenden Diskussionsrunde sagte Linnemann. „Mittelstand heißt, auch persönlich Verantwortung zu übernehmen. Deutschland hat den besten Mittelstand auf dem ganzen Planeten“. Das hört man nicht nur gerne, das ist auch so.



Bangert überreichte Linnemann, der CO₂-arm mit dem Zug gekommen ist, ein Skatblatt und ein Fußballquiz, da beides in seinem Leben einen Platz einnimmt. „Es sollte mehr solche Veranstaltungen geben. Das ist besser, als wenn ich von vorne oben in eine Richtung spreche - von einem solchen Austausch nehme ich viel mit -“ so Linnemann zum Ende der Veranstaltung. Alle Anwesenden waren sich einig, Deutschland bräuchte mehr Menschen wie Carsten Linnemann, er ist ein echter Typ. Hab Mut Carsten, die MIT steht hinter dir.

Senioren Union Wangen-Amtzell-Argenbühl CDU Senioren Union und Kolping besuchen Firma Schwan



Die Besuchergruppe mit Firmeninhaber Florian Schwan (v. v. r.), Text und Foto: Peter Treiber

Giftstoffe fachgerecht entsorgen

In einer gemeinsamen Veranstaltung besuchten Mitglieder der CDU Senioren Union Wangen-Amtzell-Argenbühl und Vertreter der Kolpingsfamilie Vogt die Karseer Firma Florian Schwan, die Schimmel- und Schadstoffsanierung betreibt und für deren fachmännische Entsorgung garantiert.

Mithilfe einer Power Point Präsentation zeigte Firmeninhaber Florian Schwan, wie viel Schimmelpilze, Asbest, PCB Baustoffe und weitere gefährliche Giftstoffe in manchen Gebäuden vorhanden ist, ohne dass der Besitzer oder Käufer etwas davon ahnt. Die acht Vollzeit- und zwei Teilzeitmitarbeiter sind mit Atemschutzmasken, und modernen Schutzanzügen im Einsatz, entfernen

Holzverkleidungen, nehmen Keller, Wände und Dachböden unter die Lupe und bringen Hochleistungsstaubsauger zum Einsatz, um mit Spezialfiltern die verseuchte Luft ab zu saugen und die Putzflächen ab zu fräsen. „Die Asbestwelle kommt wieder zurück und Schimmelpilze siedeln sich durch vorhandene Wasserschäden immer wieder an“ meint Firmenchef Florian Schwan, der auch im Wangener Erba-Gelände einige Sanierungsaufträge zu bewältigen hat. Die zertifizierte Firma ist voll ausgelastet und die Mitarbeiter müssen durch stetige Fort- und Weiterbildung auf dem neuesten Sanierungsstand sein.

„Eine Zimmerecke sollte immer 12 Grad haben und die Wohnung muss zweimal täglich gelüftet werden“ empfiehlt Florian Schwan.

Nach dem Rundgang durch den Betrieb war es an Hildegard Wieland von der Kolpingsfamilie Vogt und Paul Weber für die CDU Senioren Union sich für die vielfältigen Informationen und die Gastfreundschaft mit einem kleinen Präsent zu bedanken.

Übergeordnete Verbände

Senioren Union Weingarten



Begegnung im Innenministerium
Baden-Württemberg in Stuttgart

Keis-CDU bei Bezirksparteitag erfolgreich

19.10.2019 - Lins, Spägele, Müller, Schuler und Natterer gewählt – Antrag auf Autobahnvignette beschlossen.

Kreis Ravensburg/Salem - Erfolg für den CDU-Kreisverband Ravensburg beim CDU-Bezirksparteitag Württemberg-Hohenzollern am Samstag in Salem. Alle aus dem Landkreis zur Wahl stehenden Kandidaten wurden von den Delegierten in ihren Ämtern bestätigt. Der aus Horgenzell stammende CDU-Europaabgeordnete Norbert Lins wurde erneut zum stellv. CDU-Bezirksvorsitzenden gewählt. Schatzmeister bleibt der Rektor der Hochschule Weingarten, Prof. Dr. Thomas Spägele aus Bad Waldsee. Als Mitgliederreferent wurde Christoph Müller aus Neuravensburg bestätigt und der Ravensburger CDU-Landtagsabgeordnete August Schuler wurde zum Beisitzer gewählt. CDU-Kreisvorsitzender Christian Natterer setzte sich in einer Kampfabstimmung durch und wurde in den CDU-Bundesausschuss, dem zweithöchsten Gremium der CDU-Deutschlands, gewählt. Dort

wird er künftig mit CDU-Generalsekretär Manuel Hagel den Bezirk Südwürttemberg vertreten. Zuvor hatten die knapp 160 Delegierten den Parlamentarischen Staatssekretär Thomas Bareiß, MdB mit 93% erneut zum CDU-Bezirksvorsitzenden gewählt. Inhaltlich stellte der Allgäuer CDU-Landtagsabgeordnete Raimund Haser das Eckpunkt Papier der Landesregierung zum Volksbegehren „Rettet die Bienen“ vor, das auf große Zustimmung stieß. Außerdem verabschiedeten die Delegierten einen Antrag des CDU-Kreisverbandes auf Einführung einer Autobahnvignette nach österreichischem Vorbild. Als Hauptrednerin sprach Kultusministerin und CDU-Spitzenkandidatin Dr. Susanne Eisenmann, die auf dem Parteitag mit viel Sympathie empfangen wurde.

Fassade komplett!
Putz Farbe Balkon Dämmung
W
WIEDEMANN sanieren + wohnen
wiede.com
RV 4 50 01

Termin

MOBILITÄT 4.0

SAVE THE DATE!

**ZUKUNFT DER MOBILITÄT
MOBILITÄT DER ZUKUNFT**

ZFE

**2. ZUKUNFTSFORUM
LANDKREIS
RAVENSBURG**

Wir bitten um Anmeldung zur Veranstaltung unter Mail: G.Haegele@rv.de

VESER
GmbH & Co. KG

KISSLEGG - IMMENRIED
TELEFON: 07563 / 1798
FAX: 07563 / 3856
MAIL: zimmererei-veser@t-online.de

**Zimmermeister
Bauingenieur**

**Restaurator im Zimmererhandwerk
Energiefachmann**

- Gesamte Zimmererarbeiten
- Landwirtschaftliche Bauten
- Restauratorische Arbeiten an denkmalgeschützten Gebäuden
- Bauberatung
- Schlüsselfertige/Ausbau Holzhäuser
- Abbau, Sanierung von Asbestzementprodukten
- Einblasdämmungen
- Zellulose / Holzweichfaser

OPTA[®]
Massivhaus
www.optamassivhaus.de

**schlüsselfertige Wohnhäuser
direkt vom Hersteller**

Euperle Vogt
Tel. 075 29/912 301

Internet: www.euperle.de
Facebook: Euperle Bauunternehmen GmbH

Wir bauen, um zu begeistern!

Miele Maier

KÜCHEN, HAUSGERÄTE UND KUNDENDIENST

Wir beraten Sie gerne im größten Miele Center zwischen Ulm und Bodensee. Vom Hausgerät bis zur individuellen Küchensanierung - wir erfüllen Ihnen jeden Wunsch. Lassen Sie sich auf 780 m² Ausstellungsfläche inspirieren.

Am Alten Gaswerk 9 · 88212 Ravensburg · 0751-76932-0 · www.maier-rv.de

heine

FREIER ARCHITEKT

*Planung
Bauleitung
Wertgutachten
Projektmanagement
SiGe-Koordination*

Scherzachstr. 2, 88250 Weingarten
T 0751 48559 F 0751 48557 M 0151-126 78 842
heine@architekturbuero-heine.de
www.architekten-heine.de

Herausgeber:

CDU-Kreisverband Ravensburg
Bahnhofstraße 8, 88250 Weingarten, Tel. 07 51 / 56 09 25-0, Fax 07 51 / 56 09 25-50
E-Mail: info@cdu-kreis-rv.de

Verantwortlich:

Christoph Lüdtkke, Kreispressereferent

Druck, Gesamtherstellung und Anzeigenverwaltung:

Druckerei Gebrüder Ehrat, Adolf-Kolping Straße 1, 88212 Ravensburg, Tel. 07 51 / 2 30 08,
Fax 07 51 / 2 12 57, E-Mail allgemein: info@druckerei-ehrat.de, Anzeigen: dtp@druckerei-ehrat.de
Inhaber: Franz Ehrat

Beauftragter für die Insertion: Karl Wodniok

Bezugspreis: Das CDU vor Ort ist das offizielle Mitteilungsblatt des CDU Kreisverbandes Ravensburg. Es erscheint 2-monatlich und wird allen Mitgliedern im Rahmen der Mitgliedschaft ohne besondere Bezugsgebühr geliefert.

REDAKTIONSSCHLUSS
für das nächste CDU vor Ort: 27.01.2020

Liebe Mitglieder,

wir bedanken uns bei Ihnen ganz herzlich
für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit
im vergangenen Jahr.

Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien
ein friedvolles Weihnachtsfest, Gesundheit
und Gottes Segen im Neuen Jahr.

Christian Natterer
Maria Blaseg und Christoph Lüdtkke

- Büromöbel
- Funktionsmöbel
- Interieur für Fahrzeuge

GETA
Interieur®

GETA Interieur® · Im Unteren Feld 10 · D - 88239 Wangen im Allgäu
T + 49 101 75 22 7 07 84-00 · www.geta-wangen.de

Die CDU Kreisgeschäftsstelle
ist vom 16. Dezember 2019
bis einschließlich 10. Januar 2020
geschlossen.

Zuverlässig. Kompetent. Persönlich.

leutax

steuerberatungsgesellschaft
partnerschaftsgesellschaft

Memminger Straße 107
88299 Leutkirch
Tel. 0 75 61/98 65-0
Fax 0 75 61/98 65-10
www.leutax.de
info@leutax.de

Geländer, Balkone, Treppen, Tore, Hallen u.v.m.

Riedinger
Stahlbau

**Gutes
aus
Stahl**

88281 Schlier-Hintermoos
T 07529 | 912420-0
www.stahl-riedinger.de

Meisterbetrieb,
Schweißfachmann,
EN 1090 EXC-2